

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Pißl, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Falsch gewählt wird schwer bestraft.

Wo ungleiche Besitzverhältnisse bestehen, da entwickeln sich Gegensätze, die Klassencheidung setzen ein, Klassengegensätze treten auf und führen zu Klassenkämpfen. In den heutigen Kulturstaaten sind die Klassengegensätze schon sehr scharf ausgeprägt. Weil nun in den modernen Staaten trotz der scharfen Klassengegensätze versucht werden muß, ein Zusammenleben der verschiedenen Gesellschaftsschichten, also der Klassen, zu ermöglichen, so muß der Staat (das Machtinstrument) eine bestimmte Politik machen. Politik ist zweckbewusstes Handeln des Staates und seiner Organe im Interesse des staatlichen Gemeinwesens. So soll es sein. In der Spitze des Staates steht eine Regierung, und die Regierungsmänner sind Angehörige bestimmter Gesellschaftsschichten, also Klassen, deren Einfluß die Regierungen sich nicht entziehen können. Ist die Regierung aus mehreren Parteien zusammengesetzt, die wirtschaftlich alle zu einer Klasse z. B. der besitzenden Klasse gehören, so werden alle Wirtschaftsfragen vorwiegend im Sinne der besitzenden Klassen geregelt. Es gibt nämlich kein Gesetz, das nicht irgendwie aus wirtschaftlichen Motiven herausgewachsen wäre, oder das nicht in letzter Linie auf Wirtschaftsfragen zurückwirken würde. Ist die Regierung nur aus einer einzigen Partei gebildet, so wird sie um so mehr im Sinne, also im Interesse ihrer Klasse oder ihrer Gesellschaftsschicht wirken.

Wir haben das parlamentarische System, d. h. das Parlament bestimmt die Regierung. Und weil das Parlament aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, deshalb haben die Wähler es in der Hand, das Parlament und demzufolge auch die Regierung politisch so zu gestalten, wie es ihren Interessen entspricht. D. h. heute: die stärkste Klasse im Deutschen Reich ist die Arbeiterklasse. Besitzt sie, die Arbeiterklasse, die nötige Einsicht in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, begreift sie das Ineinanderwirken dieser beiden Faktoren, so kann sie gar nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln, indem sie ihre Stimme für einen Klassengegner abgibt. Die Arbeiter müssen ihre Stimme der Partei geben, die politisch die Arbeiterklasse vertritt. Es ist für die Arbeiter auch gefährlich, in mehrere Parteien zersplittert an die Wahlurne zu gehen. Will sie im Parlament und in der Regierung ein politischer Machtfaktor werden, so muß sie am Wahltage geschlossen für eine einzige Partei stimmen. Wer ist die Partei, die konsequent und mit Klarheit schon von jeher die Interessen der Arbeiter vertreten hat?

### Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Arbeiterpartei,

die praktische Politik treibt. Mit Illusionspolitik, mit Forderungen, deren Erfüllung kein Vernünftiger erwartet, ist der Arbeiter nicht gedient. Nicht durch Pufferei will die Sozialdemokratie die Arbeiter nützen, sondern sie will mit der großen Masse der Arbeiter im Gefolge dem politischen Gegner Schritt für Schritt Boden entreißen. Was im zähen Alltagskampf unter Anpassung an die für uns wirkende Entwicklung errungen wird, das läßt sich festigen, erhalten und immer wieder erweitern.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Am 20. Mai, am Wahltage, erfüllt sich dieser Artikel 1 der Verfassung. Die Arbeiterklasse verfügt im Staate über die absolute Majorität. Von ihr kann die Staatsgewalt nach dem 20. Mai ausgehen, wenn sie es will. Das Wollen ist allerdings abhängig von der Erkenntnis. Ist die Arbeiterklasse auch dieses Mal geistig noch nicht weit genug fortgeschritten, um das demokratische Wahlrecht richtig, d. h. im eigenen Interesse zu handhaben, so wird sie auch fernerhin von den Rechtsparteien schwer bestraft werden für die eigene Einsichtslosigkeit. Allerdings darf man erwarten, daß die Arbeiterklasse, die seit den Wahlen im Jahre 1924 reichlich Anschauungsunterricht erhalten hat, weiß, was sie am Wahltage zu tun hat. Durch das Verhalten der Rechtsparteien im Reich, die völlig unter dem verhängnisvollen Einfluß der deutschnationalen standen, ist die Arbeiterklasse schwer benachteiligt worden. Auch die für die Arbeiter mit schweren Nachteilen verbundene, von den Kommunisten betriebene Zerstückelungsarbeit muß von der Arbeiterklasse endlich richtig gewertet werden. Nicht mit der Gewalt, sondern mit der Vernunft, nicht mit blutigem Terror, sondern durch die Demokratie wird sich der Aufstieg der Arbeiterklasse voll-

ziehen. Gewiß, politische Demokratie kann noch nicht die Klassenherrschaft verhindern. Aber das ist ja keine neue Weisheit, das wußten die Vernünftigen schon längst. Aus der Unwissenheit über diese selbstverständliche Tatsache entsprang ja auch die Enttäuschung im Jahre 1918. Diese Enttäuschungen wissen zum großen Teil heute noch nicht, daß wir 1918 keine soziale Revolution hatten. Mit Hilfe der politischen Demokratie wollen wir das staatliche Machtinstrument in die Hand bekommen, und dann können wir vorstoßen, um die wirtschaftliche Demokratie allmählich herbeizuführen durch den Umbau der Gesetzgebung. Stein auf Stein wollen und müssen wir schichten, soll der Bau gut und solide werden.

### Die politische Demokratie ermöglicht, den Klassenkampf mit gesetzlichen Mitteln zu führen.

Politische Demokratie ist Kampfbegriff, während die wirtschaftliche zugleich soziale Demokratie, die Solidarität eines Ganzen ist. Mit Hilfe der politischen Demokratie streben wir zur sozialen Demokratie, zur klassenlosen Gesellschaft, wir kommen vom Staate zur Gemeinschaft. Wer will

## Wählt Liste



hierbei nicht mitwirken? Wer von den Arbeitnehmern wünscht nicht die klassenlose Gesellschaft herbei? Einen solchen Arbeitnehmer dürfte es eigentlich kaum geben.

Im „Vorwärts“ Nr. 168 vom 8. April schreibt Fritz Rapphali über Politik und Wirtschaft unter anderem: „Der Kampf um den Aufstieg der Arbeiter und Angestellten, der zugleich der Kampf um die Gesellschaftsordnung der Zukunft ist, spielt sich auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen ab. Soweit der Kampf der Gewerkschaften um die Arbeitsbedingungen und das Vordringen der Konsumgenossenschaften in die Wirtschaft in Frage kommen, handelt es sich im Ausgangspunkt so sehr um rein materielle Fragen, daß hier ein Problem ihres Gewichtes nicht besteht. Anders liegt es nur beim politischen Kampf, beim Kampf um die Macht im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden. Hier sind die unmittelbar wirtschaftlich-sozialen Fragen nur ein Teil des großen Fragenkomplexes, der der politischen Entscheidung unterliegt. Die Vorfrage der Staatsform, Fragen der Rechtsgestaltung: Todesstrafe, Abtreibungsparagrafen, Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch Hochverratsstrafen u. a. m., Fragen der Kultur: konfessionelle oder weltliche Schule, Durchbrechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden u. a. m., Fragen der Außenpolitik: internationale Verständigung oder heimliche Rüstung zu neuen Kriegen und vieles andere wird durch die politische Machtbildung mitentschieden.“

So ist es. Weil alle diese Fragen zunächst durch die politische Macht entschieden werden, deshalb muß sich die Arbeiterklasse am 20. Mai die politische Macht holen. Denn, so sagt Rapphali in dem zitierten Artikel weiter, „der aktuelle Kampf geht nicht mehr um die unentscheidliche Form der Republik, sondern um ihren Inhalt. Damit aber gewinnen die wirtschaftlichen Fragen eine erhöhte, eine unmittelbare Bedeutung für die Wahlen von 1928, als sie es in den vorangegangenen Wahlkämpfen haben konnten. Denn der Inhalt der Republik hängt gewiß auch von ihrem Ausbau zum Einheitsstaat, von

Strafrechtsreform, Schulpolitik u. a. ab, aber in erster Linie von der Stellung des Staates in der Wirtschaft und zur Wirtschaft, von der Frage, ob die Macht des Staates den Besitzinteressen der Großagrarien, der Industrie und der Finanzmächte dienlich gemacht wird oder ob sie eingesetzt wird, um auch unter Opferung von Gruppeninteressen des Besitzes der Besserung der Lebenshaltung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen und der Sicherung der Existenz der vom Elend bedrohten Schichten. Für Massenwohlstand oder für Besitzprivilegien, das sind die großen Richtlinien, nach denen sich die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik des kommenden Reichstags scheiden wird, je nach der Entscheidung der Wähler am 20. Mai, und diese Grundrichtung der Wirtschaftspolitik wird den Inhalt der Republik in den nächsten Jahren der Entwicklung bestimmen.“

Nicht mit einem Ruck kann das Wirtschaftssystem ein anderes werden. Aber mit Hilfe der politischen Macht kann der Umbau allmählich vor sich gehen. Nach und nach muß die Republik, die wir geschaffen haben, einen anderen Inhalt bekommen. Unter dieser Devise wird die deutsche Arbeiterklasse das Ziel erreichen, das sie erreichen will. Und so hoffen und wünschen wir, daß die Arbeiter in ihrem eigensten Interesse am 20. Mai mit überwältigender Majorität stimmen

für die Sozialdemokratische Partei.

### Wahltag ist Jahrtag

Am 20. Mai 1928 treten alle über 20 Jahre alten Deutschen beiderlei Geschlechts an die Wahlurne, um ihr höchstes politisches Recht, das Reichstagswahlrecht, auszuüben. In der Wirtschafts- und sozialen Einstellung der zu wählenden Reichstagsabgeordneten spiegelt sich das Wirkungs- und Tätigkeitsfeld der kommenden Reichsregierung als Sachverwalterin der Volksinteressen wider. Deshalb kann es für den einzelnen Wähler, besonders aber für den Arbeiterwähler, nicht gleichgültig sein, welchem Kandidaten er am Wahltage seine Stimme gibt.

Es ist deshalb notwendig, die wichtigsten Forderungen hervorzuheben, die die Arbeiterklasse an den kommenden Reichstag und dessen Regierung zu stellen hat. Aber die Frage des Zollschutzes, der Steuererleichterung usw. schreiben die politischen Tageszeitungen in diesen Tagen vor der Wahl soviel, daß wir im Rahmen einer Gewerkschaftszeitung auf Wiederholungen verzichten können. Wir beschränken uns deshalb darauf, die dringendsten wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen hervorzuheben, für deren Aufgabengebiet die Gewerkschaften zuständig sind.

Eine der wichtigsten Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist die Ratifizierung der Washingtoner Abkommen und vorzüglich die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages in Deutschland. Darüber hinaus muß gefordert werden, daß in Betrieben, in denen die Arbeiterschaft unter Staub, giftigen Gasen, Hitze und anderen Betriebserscheinungen gesundheitlich zu leiden hat, die Arbeitszeit unter dem achtstündigen Normalarbeitszeit festgelegt wird. Die Wichtigkeit der gesetzlichen Arbeitszeitregelung hat die deutsche Arbeiterschaft am eigenen Leibe erfahren, als durch die bürgerliche Reichsregierung im Dezember 1923 auf dem Verordnungswege der bis dahin tariflich verankerte Achtstundentag unter Verletzung aller Vertragspflichten zugunsten profitlästerner Unternehmer aufgehoben wurde.

Wir fordern weiterhin den Ausbau des Arbeiterinnen schutzes; insbesondere eine Ausdehnung der derzeitigen Schutzbestimmungen für Schwangere und Wöchnerinnen. Dazu tritt die Forderung nach dem Verbot der Nachtarbeit für jugendliche männliche Arbeitnehmer unter 18 Jahren. Die gesetzliche Festlegung von Mindestferien, besonders für jugendliche in der körperlichen Entwicklung begriffene Arbeitnehmer, ist gleichfalls eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften. Die Verordnung vom 12. Mai 1925, die vorsieht, daß gemerbliche Berufskrankheiten den Betriebsunfällen gleichgestellt und entschädigt werden, bedarf nicht nur eines weiteren Ausbaues, sondern auch einer sozialeren Auslegung und Handhabung.

Wenn das Wort Betriebsdemokratie keine Floskel bleiben soll, dann ist es notwendig, das bestehende Betriebsratsgesetz in positivem Sinne weiter auszubauen. Der rechtliche Schutz der Betriebsratsmitglieder muß verstärkt, ihr bisheriges Mitwirkungsrecht, dessen Auslegung nicht nur durch die Unternehmer, sondern auch durch die Rechtsprechung ganz verschieden gehandhabt wird, in ein Mitbestimmungsrecht übergeführt werden. In diesem Mitbestimmungsrecht muß auch die Zustimmung des Betriebs- resp. Arbeiterrats bei der Einstellung neuer und der Entlassung alter Arbeitskräfte gehören.

Die Bezeichnung Wirtschaftsdemokratie muß solange ein Schlagwort bleiben, als es der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse nicht ermöglicht wird, in den wirtschaftlichen heute einseitig nach Unternehmerinteressen eingestellten Körper-schaften mitzubestimmen. Wir fordern deshalb eine gesetzliche Neuregelung des Aktien- und Bilanzrechts, durch die es ermöglicht wird, die Geschäftsabbarung der deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen durchsichtiger zu gestalten. Wir wollen den deutschen Unternehmer von dem moralischen Druck der Bilanzverschleierung befreien. Das Mitwirkungsrecht der Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften muß positiver gestaltet werden. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß den Arbeitnehmer-Aufsichtsratsmitgliedern gesetzlich das Recht geben wird, in alle wirtschaftlichen, finanz-technischen und handelspolitischen Vorgängen der Unternehmungen vollsten Einblick zu erlangen.

Wir fordern fernerhin ein Mitbestimmungsrecht der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer durch paritätische Besetzung der Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern.

Die Arbeitsaufsicht über den Arbeitsschutz und das Arbeitsrecht, die heute noch teilweise in den Händen der Länder und teilweise in den Händen der Berufsgenossenschaft liegt, muß vereinheitlicht werden und auf das Reich übergehen. Aus diesem Grunde verlangen wir die Unterstellung der Berufsgenossenschaften, die heute reine Unternehmerorganisationen darstellen, unter die Reichsarbeitsaufsicht. Dazu gehört die Forderung nach einer Vermehrung der Betriebs-kontrollen im Rahmen der Reichsarbeitsaufsicht aus den Kreisen der Arbeitnehmer. Den Gewerkschaften ist das Vorschlagsrecht für diese Betriebskontrollen gesetzlich zu gewährleisten, damit das Vertrauen der Arbeiterschaft zur staatlichen Betriebskontrolle gefördert und gestärkt wird.

Die auch in Deutschland produktions- und absatzhindernde, dafür aber preissteigernde Tätigkeit der Kartelle, Syndikate, Trusts usw. erheischt eine starke staatliche Kontrolle. Wir fordern, daß bei dieser Kontrolle die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gleichberechtigt mitwirken hat.

Wir fordern fernerhin den Ausbau des endgültigen Reichswirtschaftsrates als beratende Körperschaft im Sinne der Vorschläge, die durch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bisher unterbreitet wurden. Wenn wir weiterhin endlich die Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten fordern, so findet diese Forderung ihre Stütze in der deutschen Reichsverfassung.

Durch die Erhebung der vorstehenden Forderungen, die reichsgesetzlich verankert werden müssen, sind die Wünsche der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Deutschlands noch nicht restlos erfüllt. Immerhin zeigen diese Forderungen, die im Rahmen dieses Artikels nur skizzenhaft behandelt werden konnten, die sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung, die die Arbeiterschaft dem kommenden Reichstag beizumessen hat. Sie beweisen gleichzeitig den ungeheuren Wert, der in der Stimmabgabe des einzelnen Reichstagswählers liegt. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterschaft am 20. Mai nur jenen Kandidaten ihre Stimme geben kann, die gewillt sind, diese sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen zu vertreten. Das haben bisher nur die Sozialdemokraten getan und werden es in Zukunft tun. Also, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, stimmt für die Liste 1. G. Stähler.

### Die Arbeiterin und die kommenden Wahlen.

Der 1. Mai zeigte uns die gewaltigen Kundgebungen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Seit 38 Jahren demonstriert das internationale Proletariat seine Forderungen. Diese Forderungen sind ebenso sehr gewerkschaftlich wie politisch gestellt und in die Tat umzusetzen. Es gibt in den Kulturstaaten etwa 60 Millionen arbeitende Frauen und Mädchen, die in erster Linie berufen sind, sich diese Forderungen zu eigen zu machen. Täglich wird auch der deutschen Arbeiterin die Lückenhaftigkeit der bestehenden sozialpolitischen Gesetze klar. Allerhand Hemmnisse treten ihr entgegen, wenn sie ihre Rechte geltend machen will. Um die Arbeiterin vor der allergrößten Not und Ausbeutung zu schützen, bedürfte es jahrzehntelanger gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe. Weiterer Ausbau aller sozialpolitischen Einrichtungen und besonders des Arbeiterinnen-schutzes sind aber jetzt dringend erforderlich.

Eine richtige internationale Forderung der Arbeiterschaft — der Achtkundentag — hat in Deutschland noch keine gesetzliche Regelung erfahren. Auch in England wird von der organisierten Arbeiterschaft zur Zeit heftig darum gekämpft. Besonders aber mühte eigentlich die Arbeiterin kämpfen für kurze Arbeitszeit. Ihr bleibt fast keine Zeit zur Erholung und Weiterbildung. Die Erhaltung der Arbeitskraft, überhaupt die Gesunderhaltung des weiblichen Körpers, ist in ganz besonderem Maße von der Dauer der täglichen Arbeitszeit abhängig, und es gilt alle die Kolleginnen aufzuklären, die

gleichgültig abseitsstehen. Wer am 1. Mai nicht mit demonstriert hat, muß zumindest bei den Wahlen gewonnen werden, damit die Stimme nicht verfallt oder den bürgerlichen Parteien zugute kommt, die immer Gegner der gewerkschaftlichen Ideen und Forderungen sind.

## Die KPD. ohne Maske.

„Man hat von mir Bruch der Vertraulichkeit wichtiger Gewerkschaftsbeschlüsse verlangt... Weil ich gewohnt bin, im politischen und gewerkschaftlichen Leben mit reinen Waffen zu kämpfen, deshalb mußte ich meinen Austritt aus der KPD. erklären.“

Siegmund (Chemnitz) im „Proletariat“, Nr. 14, 1927.

Deshalb wählt die

# Liste 1!

Seit 1918 haben die Frauen das Recht, öffentlich für ihre Interessen einzustehen. Bis dahin war ihnen jede politische Selbständigkeit unterbunden. Seitdem ist manches besser geworden. Die Revolution 1918 brachte der Frau die staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Sie hat dieselben politischen Rechte wie der Mann. Sie kann wählen zu den Parlamenten und gewählt werden. Die jahrzehntelange Forderung der Sozialdemokratie auf Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ging in Erfüllung. Nun kommt es darauf an, wie die Frau ihre Rechte ausnützt. Immer wieder haben die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten ihre Feindschaft gegen die Arbeiterforderungen bewiesen. Am 20. Mai müssen die arbeitenden Frauen und Mädchen bereit sein, die Macht des Bürgerblocks zu brechen, damit bessere Gesetzesbestimmungen geschaffen und durchgeführt werden können. Alle Verbesserungen des letzten Jahres, auch die Ratifikation des Washingtoner Abkommens betreffend den Schwangeren- und Wöchnerinnen-schutz, sowie die Verbesserungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenversicherung sind einzig und allein auf das Konto der proletarischen Initiative und Politik zu setzen. Leider gibt es noch so viele Arbeiterinnen, die ihre Stimme den Gegnern des Arbeiterinenschutzes geben. Es darf keine Kollegin gedankenlos zur Wahlurne gehen. Nicht den Gegnern der Gleichberechtigung der Frau, nicht den Gegnern des sozialen Fortschritts und des Achtkundentages, nicht

den Gegnern der Völkerverständigung dürfen wir die Stimme geben, sondern den Vertretern unserer Forderungen im Parlament, der Sozialdemokratischen Partei. Dann dienen wir unseren Interessen, schwächen die Front der Kapitalistenklasse, und kämpfen für eine bessere, eine menschenwürdige, eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

### Das Verbandsjahr 1927.

#### II. Das Finanzwesen.

Die Stärkung der Kampfkraft unseres Verbandes, die in der Mitgliederzunahme während des Jahres 1927 zum Ausdruck kommt, äußert sich auch in einer Steigerung der finanziellen Mittel, die von den Mitgliedern aufgebracht wurden. Immer mehr kommt in den Kreisen der Mitglieder die Erkenntnis zum Durchbruch, daß zum Kriegführen Geld, Geld und noch einmal Geld gehört. Wenn es wahr ist, daß die Unternehmer weniger auf die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, als vielmehr auf ihre Finanzkraft achten, dann muß der Respekt der Unternehmer vor dem Fabrikarbeiterverband im verflossenen Jahre um ein erhebliches gestiegen sein. Denn die Arbeiterschaft, die ihre Organisation finanziell zu stärken weiß, wird auch im geeigneten Moment zu kämpfen wissen, und was mehr ist, sie wird in der Zahlungsfähigkeit ihrer Organisation einen Rückhalt finden, der ihnen ein Ausbarten erleichtert, und der ihnen den endlichen Erfolg garantiert. Wenn Solidarität und Opferwilligkeit der Mitglieder so erhalten bleiben, wie es im verflossenen Jahre war, dann braucht uns um das Schicksal der Organisation nicht bange zu sein. Es ist ein gutes Zeichen sowohl für das Klassenbewußtsein, wie für das solidarische Empfinden unserer Mitglieder, wie für ihre gewerkschaftlichen Fähigkeiten, daß sie an den Vorteilen, die die gute Konjunktur ihnen brachte, auch ihre Organisation teilnehmen ließen. Die Beitragsleistung war dann auch im Jahre 1927 entschieden eine bessere als im Krisenjahr 1926. Die Aufklärungsarbeit der Verbandsfunktionäre hat gute Früchte getragen. Sie äußern sich in der erhöhten Mitgliederzahl, wie im vorhergehenden Artikel gezeigt wurde, als auch in der finanziellen Stärkung der Organisation.

In der folgenden Tabelle wird das Bild von der Finanzkraft unseres Verbandes noch deutlicher, als es in Worten darzustellen ist. Die Tabelle zeigt die Einnahmen des Jahres 1927 und zum Vergleich die des vorhergehenden Jahres. Dazu ist noch zu bemerken, daß das Jahr 1927 das erste Jahr nach der Inflation ist, in dem wir einen bescheidenen Kasseebestand aus dem Vorjahre mit hinüber nehmen konnten:

	1926	1927
	M	M
Kasseebestand vom Vorjahre	—	651 775,12
Einnahmen aus Beiträgen	10 768 063,10	14 373 097,25
Sonstige Einnahmen	674 385,11	982 563,18
	11 442 448,21	15 987 375,55

Es ist zu ersehen, daß die Einnahmen aus den Beiträgen im Jahre 1927 um mehr als 3/4 Millionen Mark gegen das Vorjahr gestiegen sind. Es ist eingetroffen, was bei der Entwicklung der Beitragsleistung schon im Vorjahre gesagt werden konnte, nämlich, daß bei günstiger Entwicklung der Wirtschaftslage auch die Kampfkraft der Organisation gewinnen würde. Die Statistik über die Lohnbewegungen und über den Stand des Tarifvertragswesens haben es gezeigt. Die dort aufgezählten Erfolge waren aber nur möglich durch eine Organisation mit starkem finanziellen Rückgrat. Das wissen die Unternehmer recht gut. Deshalb ist auch ihr erstes Wort bei drohenden Arbeitsniederlegungen nicht: „Ihr habt ja so wenig Mitglieder“, sondern: „Ihr habt ja so wenig Geld.“ Das zeigt deutlich, worin unsere Stärke und unsere Schwäche liegt. Aber wie wir aus den Zahlen sehen, sind wir auf dem besten Wege, den richtigen Grad von finanzieller Kraft zu erreichen.

Die jeweilige Wirtschaftslage hat noch immer ihre Wirkungen auch auf die Gewerkschaften gehabt. Sehr deutlich

### Männer vom Schienenstrang oder die Arbeitsbereitschaft.

Von Ludwig Prassch.

Es handelt sich um drei solcher Männer. Um den Lokomotivführer Eisenbrecht, zweitens ist da der Heizer Feuerlein und drittens und zuletzt müssen wir den Wechsellagerer Hans Licht nennen. Den heißen sie schließlich den alten Hannes, denn er hat schon mehr wie sechzig auf dem Buckel und ist der Älteste vom Kleeblatt am Schienenstrang.

Der Hannes benötigt einen freien halben Tag zum Besuch, wenn Abschied von den zwei jüngeren Kameraden und fährt heimwärts, seinem Unterschlupfhaus zu. Das steht zwischen einem eiseren Reß von Eisenbahnschienen eingepoanzen dranhin auf freiem Feld und hat im Hintergrund die großmächtige dunkle Waldkulisse.

Daheim wartet seiner niemand. Von der Straß an, wo seine Alte eingegraben ist, vereinbart er mit der korrigierten Füllsteglerin, mit der Heidekehl, daß die ihm die notwendige Hausarbeit tut gegen etwas Geld und gute Worte.

Also, meinen Raffen wollt ihr vierzehn Tage belassen, damit er drüben beim Advokaten im Gerichte die Raffen ab-fahrt? Der vornehme Stadtherr versteht sich über von Paragraphe nach Paragrafen mehr, wie von der Parzellenwirtschaft. Der Hund bleibt vorüberhand da, der vertilgt die ganze Raffen-krut... meint der Wechsellagerer, und weil der Sozjalreiser, der dicke Zahnweiser grad im Verbeigehen noch was von der Rede aufgegriffen hat, lacht er bösartig: „Sichhi, so sollt ma halt die Raffen a abschütteln dürfen.“

„Machheit, alter Menschenreißer!“ gibt ihm der Heizer zurück, und weil der alte Hannes wissen will, wie der Herr Justizrat nehem im Kleingarten zu den vielen Raffen kommt, hält der Eisenbrecht seinen Bauch und hat er sein Lachen hingekollert, erzählt er: Die Herrschaften beim Justizrat haben das Hühnerfutter abends in den Futterkassen gelau-

Wir ham zugehaunt. Weder Henne noch Hahn haben was vom Körnerfutter aus dem Kasten, und doch war er immer leer am anderen Morgen. Das Futter kam immer um die Zeit, wo das Hühnervolk schon auf den Stangen hocht, also zu spät. — Nun aufgepaßt! Zuerst kommt eine geschlichen, dann zwei, drei, ein Duzend Raffen, immer mehr, und die Viecher fressen im gierigen Futterneid im nu den Futterkasten leer und ziehen gestügigt ab. Die Hühner haben am anderen Morgen nur die Körner, welche die Herren Raffen um den Futterkasten beim Fraß so rund rum ransgeworfen ham. Und die Freßkomödie wiederholt sich jeden Abend. Unterdessen sind die Raffen ein ganzes Volk geworden... jawohl Hannes, und dies zahlreiche Räuberheer muß dein Hund anstrotzen...“

Der Hannes reißt sich die lederharten Klauen, nimmt mit einem harten Pragenschlag Abschied von seinen Kameraden und setzt sich in den Zug.

Daheim macht er sich ein geistig lebendig Bild davon, wie sein Kaffie die Raffen abwürgt, und der Alte dampft dazu in der Freizeit die Pfeife. Die Holzbank vor seiner Wärterhütte ist wohl schon so alt und morsch, wie er selber, aber wer weiß, wieviel Tausende von Jügen Tag und Nacht von einem Wechsel zum anderen noch hinsausen, bis man ganz und gar Feierabend hat.

Einige Wochen später bringt der Postbote eine Karte ins Wechsellagerhäusel. Der alte Hannes kann da lesen, was zwar öfter die Brille paßen, hat es aber doch heraus, was sie ihm schreiben. Die Freunde bringen mit irgend einem passenden Zug, der beim alten Hannes vorbei muß, seinen Raffen mit, denn Raffen gibts beim Justizrat keine mehr.

Eines Tages steht im Stadtbahnhof ein Zug bereit. So in der Dämmerung. Bei Nachtzügen wird eine gute Maschine vorgepaant. Was Zuverlässiges. Zumal bei einem Perionenzug.

Und da um den schwarzen Eisenbahnzug rum ist ein Menschengedränge, ein Abschiednehmen und Lächerwinken, bis der Zugführer durch seine bekannten Zeichen der Sache ein Ende macht und irgend ein Beamter die Wartefläche abschreitet und die letzten Mahnungen zur Eile verklingen.

Der Lokomotivführer steht schon vorne auf der Maschine. Es ist höchste Zeit. Im Trab bringt der Feuerlein, der Heizer, den Raffen auf die Maschine. Der Hund macht sich in irgend einer Ecke reisebequem. Er hat die Dampfrelse schon öfter mitgemacht.

Fauchend und zischend brodelt Feuer und Wasser in den Stahlbehältern der Maschine, die Dampfrohre schrillt, Ruck um Ruck geht durch den Personenzug, und nun polkert er hin auf den Schienen, hinaus, immer schneller, immer weiter hinaus, und zuletzt sehen die Menschen im Zug die dämmernde Stadt hinter sich.

Draußen im Freisfeld ist es noch taghell. Allerhand Vieh-zug steht noch unter der Weidehut der Dörfler. Ein Flug Raben zieht mit lautem Flügelschlag über den vorbeifahrenden Wald hin. Die Vögel erheben ein krächzendes Geschrei: Ein pfeifendes, zwischernendes Durcheinander von Vogelstimmen erhebt sich. Die Lokomotive pufft. Der Hund auf der Maschine bellt und die Schienen singen.

Die Wolken jagen. Eine dämmergraue Dunkelheit macht sich breit. Nun tritt ein lichtblauer Strahlenkreis ins Blickfeld. Langsam schiebt sich der Mond durch das Gewölk. Weit hinaus, bis an das Ende der Erdenküle, fällt das Mondgestirn die Welt mit zartblauem Licht. Nur da und dort kann ein rotgelbes Licht die mondblaue Landschaft durchblitzen.

Der Mann auf dem Maschinentender prüft die runden Glasklöten. Sie geben ihm Bescheid über Dampfdruck und Wasserstand, kurz über alles, was der Lokomotivführer wissen muß. Der sagt zum Heizer: „Was ist da los... nur noch eine kurze Strecke... und kein Licht!“ — „Ob der Wechsel gestellt ist, oder nicht?“

zeigt sich das in unseren Darlegungen über die Mitgliederbewegung im Jahre 1927. Ein erhöhter Beschäftigungsgrad in der Wirtschaft bedeutet fast immer eine entsprechende Zunahme der Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Bei der Betrachtung des Finanzwesens in unserem Verbands kommt man zu den gleichen Ergebnissen. Wir finden bei einem Mehr von ungefähr 50 000 Mitgliedern eine Mehreinnahme von insgesamt 4 1/2 Millionen. Über die Gesamtsumme, die für Unterstufungen verausgabt werden muß, ist nicht gestiegen, sie ist im Gegenteil sogar etwas gesunken. Bei einem Posten macht der Rückgang sogar mehr als 50 Prozent aus. Man beachte die folgende interessante Tabelle. Es lassen sich aus ihr viele Rückschlüsse ziehen, die das Vorhergesagte von dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher guter Konjunktur und Gewerkschaftsleben unterstreichen.

Unterstützungen	1926	1927
An Reisende . . . . .	2 999,85	6 233,15
An Arbeitslose . . . . .	2 774 243,16	1 203 186,45
An Kranke . . . . .	1 428 295,76	2 124 438,66
Rechtschutz . . . . .	19 457,01	26 783,06
Umzugsgeld . . . . .	25 520,20	48 566,45
Kostlage-Unterstützung . . . . .	11 268,75	35 358,70
Sterbegeld . . . . .	185 253,34	256 664,35
Gemäßregelten-Unterstützung . . . . .	20 486,82	16 849,50
Streikunterstützung . . . . .	129 806,44	810 045,31
	4 596 830,83	4 528 125,63

Wie schon bemerkt, ist die Gesamtsumme der für Unterstufungen verausgabten Mittel gesunken. Am offenbarsten wird die günstige Entwicklung der Wirtschaftslage durch den gewaltigen Rückgang der Arbeitslosenunterstützung. Diese Summe ist von 2 7/8 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 1 1/4 Millionen Mark im Berichtsjahre gesunken. Erheblich gestiegen sind dagegen die Ausgaben für Unterstufungen an Kranke. Am interessantesten sind aber die beiden letzten Posten. Die Gemäßregelten-Unterstützung und die Streikunterstützung sind um ein wenig gesunken. Wir wollen heute nicht weiter unterfragen, ob dieses Sinken der Unterstützungsziffer auf die wachsende Einsicht der Unternehmer zurückzuführen ist, oder ob sie im Berichtsjahre aus der Note eine Tugend gemacht haben. Vielleicht treffen beide Momente hier zusammen: die wachsende Einsicht, daß die Gewerkschaften nun einmal Realitäten sind, Faktoren im Wirtschaftsleben, mit denen sehr ernsthaft zu rechnen ist, und die erheblich günstigere Position, in der wir uns im Jahre 1927 den Unternehmern gegenüber befinden.

Um mehr als das Sechsfache sind die Ausgaben für Streikunterstützungen gestiegen, von rund 1 1/4 Millionen Mark im Jahre 1926 auf über 8 Millionen Mark im Jahre 1927. Das ist ein unwiderlegbarer Beweis für die erhöhte Aktivität unseres Verbandes im Berichtsjahr. Mußten wir bei der wirtschaftlich äußerst ungünstigen Situation des Jahres 1926 uns darauf beschränken, das Errungene zu halten und Verschlechterungen abzuwehren, so konnte im folgenden Jahre auf der ganzen Linie zum Angriff übergegangen werden. Aus den Berichten über unsere Lohnbewegungen wissen wir, daß der Angriff fast überall von Erfolg begleitet war. Aber auch hier ist dazu zu sagen, daß der Erfolg uns nur beschieden war, weil wir den Willen und die Kraft zum Siege hatten, sowohl was Mitgliederzahl als auch finanzielle Mittel anlangt. In den Mitgliedern liegt es, sich ihre Organisation in den Beziehungen auf der gleichen Höhe zu halten. Wie unsere Berichte zeigen, wirkt sich das immer wieder zu ihrem Besten aus.

Der Heizer will das Feuer neu aufbringen.  
„Laß das, vorderhand . . .“ sagt der Maschinenführer und blickt durch scharfe Gläser die Strecke davorn ab. Dann geht sein Blick zur Uhr hin und wieder hinaus in die mondblaue Schienenstrecke.

„Da stimmt . . . was nicht, . . . kein Mensch am Wechsel, . . . an den Schienen . . . weißt was, mein lieber Feuerlein? . . . entweder ist der alte Hanneß eingeknickt . . . halt, das muß helfen . . . langsameres Fahrttempo . . . komm Ruß, komm Ruß, such den Herrn, such den Herrn! . . .“ und er läßt den Hund die Eisenstufen hinabgleiten. Der Hund rennt im gestreckten Galopp dem Wechselwärterhäusl zu. Im blauen Mondlicht fliegt der Schatten des Tieres am Gleis hin. Immerzu.

„Horch, horch, daneben kannst du schon das Rattern vom entgegenkommenden Schnellzug hören . . . dort, dort, der Zug kommt . . . es gibt ein Unglück . . .“, sagt der Heizer.

Der Lokomotivführer schaut durchs Fernglas und jabelt: „Dort . . . nun ist der Hund am Haus . . . und der alte Hanneß . . . kommt . . . schnell, schnell . . . es geht um tausend Menschenleben. . .“

Von den nächsten Minuten läßt sich nichts sagen. Der Wechsel ist scharf gestellt, denn jetzt laufen die beiden Züge dampfend, keuchend, metallklingend, aneinander vorbei.

„Was wissen viele Menschen um die Sache. Der Hund wird in den Himmel gelockt; so ein braves Vieh. Im Dorf-wirtschaftshaus brummt man über den pflichtvergessenen Hanneß.“

Der Eisenbrecht sagt dazu: „Es ging glücklicherweise vorüber. Wäre aber ein Unglück geschehen, vor Gericht und vor allen Leuten stünde der Wechselwärter da, wie ein ganz gewissenloser und pflichtvergessener . . . denn was kümmert es die Gedankenlosen, daß der alte Wechselwärter vorher einen ganzen Tag und die halbe Nacht im Dienst war? Die lange Dienstdauer zermürbt den Menschen an den Eisenbahnschienen und bringt die anderen, die im Zug sind, in Todesgefahr.“

Ausgaben	1926	1927
Für Unterstufungen aller Art . . . . .	4 596 830,83	4 528 125,63
Als Anteile der Zahlstellen . . . . .	3 469 241,19	4 687 956,41
An die Gaudelungen . . . . .	450 075,62	568 488,10
Druck und Versand des „Proletariers“ . . . . .	221 825,81	223 083,92
Schulwesen . . . . .	48 372,52	205 155,46
Gehälter und Versicherungsbeiträge . . . . .	280 749,45	361 646,73
Entschädigungen für Sitzungen, Revi-sionen, Konferenzen, Tarifverhandlungen, Managorgel ufw. . . . .	62 829,91	102 359,55
Drucksachen und Buchbinderarbeiten . . . . .	84 444,90	125 215,69
Büroamiete, -möbel, -materialien ufw. . . . .	45 690,73	70 488,99
Zeitung, Bücher und Honorare . . . . .	17 821,91	24 794,31
Für Verwaltung, Rückzahlung, Zuschuß, Darlehen an die verschied. Zahlstellen . . . . .	108 324,26	771 631,08
Porto, Telephon und sonstige Gebühren . . . . .	467 081,19	19 427,61
Beiträge an den Gewerkschaftsbund und internationale Verpflichtungen . . . . .	114 458,60	90 949,60
Keramischer Bund . . . . .	140 000,00	380 000,00
Sonstige Ausgaben . . . . .	—	12 870,42
An den Vermögensbestand . . . . .	1 244 701,51	1 263 626,19
Kassenbestand 4. Quartal 1927 . . . . .	—	2 551 585,96
	11 442 448,21	15 987 375,55

Wie sich die Gesamtausgaben des Verbandes für das Jahr 1927 verteilen, ist aus der vorstehenden Zusammenstellung

## Mit

dem Stimmzettel kann die Arbeiterschaft den Anhängern der Rechtsparteien die Quittung geben dafür, daß diese Gesellschaftsschichten jeden über

## 45

Jahre alten Arbeiter nicht mehr beschäftigen wollen. Die Arbeiterschaft kann ein Parlament wählen, das fähig und gewillt ist, dieser Unkultur gesetzliche Schranken zu setzen, damit nicht Leute in den besten

## Jahren

ausrangiert, förmlich zum alten Eisen geworfen werden. Die Rechtsparteien, die Vertreter der kapitalistischen Interessen, werden gegen die Auswüchse des Kapitalismus ernstlich nichts unternehmen. Sie stehen

## zu

ihm, weil sie zur gleichen Gesellschaftsschicht gehören. Am 20. Mai wollen wir abrechnen mit ihnen, denen der Arbeiter nur eine Sache ist, mit der man beliebig verfahren kann. Ob jung, ob

## alt

alle Arbeitnehmer müssen am Wahltag so wählen, damit es gelingt, die Sozialgesetzgebung dahin auszubauen, daß auch ältere Arbeiter sozialen Schutz genießen. Wer das will, muß sozialdemokratisch, muß Liste 1 wählen!

zu ersehen. Aus der gesteigerten Beitragsleistung ergibt sich ohne weiteres ein erhöhter Anteil der Zahlstellen, der gegen das Vorjahr um 1 218 715,22 Mk. gestiegen ist. Die Ausgaben für Druck und Versand des „Proletariers“ haben sich ziemlich auf der gleichen Höhe gehalten. Bei dem folgenden Posten „Schulwesen“ macht sich eine gewaltige Steigerung bemerkbar. Die Mitglieder unseres Verbandes, die Gelegenheit hatten, einen Kursus an unserer Verbandsschule in Wennigsen mitzumachen, wissen schon, warum im verfloßenen Jahre für Bildungs- und Schulwesen eine ungleich größere Summe ausgegeben wurde. So sind denn in den 205 155,46 Mark, die für das Schulwesen ausgegeben wurden, auch die sämtlichen Kosten für unsere neue Verbandsschule zum ersten Male mit einbegriffen. Die Summe ist gegen das Vorjahr hoch, so scheint es wenigstens. Aber es ist gut angelegtes Kapital, was für Bildungszwecke ausgegeben wird. Die guten Wirkungen dieser Schulungsarbeit machen sich denn auch schon sehr bemerkbar.

Die Beträge für Sitzungen, Konferenzen, Tarifverhandlungen sind um rund 40 000 Mk. gestiegen. Das ist eine Folge der lebhafteren Tätigkeit unserer Organisation in den Lohn- und Tariffragen. Für Porto, Telephon und sonstige Gebühren ist weniger ausgegeben worden als im Vorjahre. Dafür findet sich aber ein besonderer Posten für sonstige Ausgaben, der im Vorjahre in den Porto- und Telephonkosten mit enthalten war. Dazu war im Jahre 1926 noch ein Rückstand aus dem Jahre 1925 zu decken, so daß aus diesem Grunde die für Porto und Telephon im Jahre 1926 angelegte Summe so hoch war. Bedeutend gestiegen sind die Ausgaben für die Zahlstellen. Allerdings ist in diesem Posten alles enthalten, sowohl die Kosten für die Verwaltung verschiedener Zahlstellen, die Zuschüsse und Darlehen an die Zahlstellen wie die an die Zahlstellen zurückgezählten und ebenfalls die von ihnen nicht eingesandten Beträge. In den Vermögensbestand wurde im Berichtsjahre ungefähr die gleiche Summe abgeführt wie im Vorjahre. Außerdem blieb noch ein Kassenbestand von über 2 1/2 Millionen Mark. Das ist beinahe viermal so viel, als wir aus dem Jahre 1926 mit in das folgende Jahr hinübernehmen konnten.

War das Jahr 1926 ein schweres Jahr für die Organisation wie für das einzelne Mitglied, so können wir am Schluß des Jahres 1927 schon um vieles hoffnungsvoller in die Zukunft blicken. Bleibt der Geist in der Mitgliedschaft

der gleiche wie im verfloßenen Jahre, dann werden wir auch die möglichen wirtschaftlichen Krisen besser überstehen können. Eine enge Zusammenarbeit von Mitgliedern und Funktionären wird uns aber den guten gewerkschaftlichen Geist erhalten, der uns im Jahre 1927 so viele schöne Erfolge erreichen ließ. Dann wird auch der weitere Auf- und Ausbau unserer Organisation gesichert sein. Mitglieder, Funktionäre und Organisation sind zu neuem Kampfe und zu neuen Aufgaben bereit. So gehen wir an die Arbeit mit dem unerfütterlichen Glauben an den schließlichen vollen Erfolg.

## Hornegger.

Wer sich einbildet, ein Professor der Psychologie müßte auch etwas verstehen von der Psychologie der Arbeiter, der befindet sich in einem Irrtum. Leider lassen sich sehr viele Leute noch täuschen von der Professoreneffekte. Womit sonst nichts gesagt sein soll, als daß nicht alle gelehrten Leute auch klug sind. Diese Worte sollen nur allgemein gesprochen gelten. Und nun soll an einem Fall gezeigt werden, wie ein Gelehrter sich verhalten und sich selbst nicht in eine Idee so verrennen kann, daß er fest an ihre Richtigkeit glaubt. Am 5. und 6. Mai tagte in Berlin die Hauptversammlung der Gewerkschaften. Auch Hornegger sollten anwesend gewesen sein. Nach verschiedenen Fordererenten ist nach der bekannte „Dinta“-Wissenschaftler Prof. Dr. E. Hornegger (Gießen) über die Verfestigung der wirtschaftlichen Arbeit. Prof. Hornegger übte vom Standpunkt des Psychologen zunächst scharfe Kritik an der sozialen Gesetzgebung, die nicht in der Lage sei, den sozialen Frieden zu schaffen. Auf materieller Grundlage sei dieser überhaupt nicht zu erzielen. Die innere Gemeinschaft ist ausschließlich zu suchen in der Arbeit selbst. Nur aus ihr heraus kann der soziale Friede kommen.

Was fort mit der sozialen Gesetzgebung, überlassen wir die Kranke, die Arbeitslosen, die Invaliden usw. ihrem Schicksal, dann blüht der Weizen der Werkvereiner, Werksgemeinschaftler, dann kann man die Arbeiterschaft besser ausbeuten. Nur aus der Arbeit kann der soziale Friede kommen. Jawohl, spannt unsere Großverdiener, die von Geburt an dividendenbeziehenden Aktionäre, die nie arbeitenden, an Schwelgerei erkrankten Parasiten der Gesellschaft in die Arbeit, dann werden sie vielleicht friedlicher, dann lernen sie begreifen, warum die Arbeiterschaft gegen das kapitalistische System kämpft, während Hornegger dafür kämpft. Hornegger sagt:

Der Mensch muß mit seiner Arbeit so ver wachsen sein, daß der Lohn Nebenache wird.  
Welch eine Wissenschaft, die in der kapitalistischen Wirtschaft unter rücksichtsloser Ausbeutung der arbeitenden Schichten so etwas zulage fördert. Daß der wunderbare Satz nur für die Arbeiter und nicht etwa auch für Aktionäre und Direktoren mit Risikogehältern gilt, ergibt sich aus dem Wort „Lohn“. Hornegger fährt dann fort: Die große Krise der Gegenwart liegt darin, daß sich der Mensch von der Arbeit entfremdet hat. Noch verhängnisvoller als die Mechanisierung der Handarbeit ist die Mechanisierung der geistigen Arbeit. Einen Anfang der Lösung der Aufgabe, die Arbeiterschaft in engere Verbindung mit der Produktion zu bringen, sieht der Redner in den Werkzeitleimungen. Zur technischen und zur kaufmännischen Tätigkeit müsse die Wirtschaftspädagogik treten. Redner vermißt die Wirtschaftspädagogik als Lehrstoff an den Technischen Hochschulen.

Um die Arbeiterschaft in engere Verbindung mit der Produktion zu bringen, brauchen wir weder Werkzeitleimungen noch gelbe Werkzeitleimungen. Erst in einer klassenlosen Gesellschaft wird dieser Measurpunkt erreicht werden, wenn nicht mehr der über 45 Jahre alte Familienvater als zu alt aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden wird, wie es in der kapitalistischen Wirtschaft geschieht. Heute werden sehr oft aus Eigeninn, gepaart mit Mangel an sozialem Empfinden, Laufende von Arbeitern auf die Straße geworfen, ausgeperrt, und da kommt ein Wissenschaftler und hält solche Reden. Diese Leute sterben blind bis die Sintflut kommt.

## Internationale Arbeiterbewegung.

Der IGB. an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes.

Bei der Eröffnung der 39. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes in Genf am 23. April hat der Internationale Gewerkschaftsbund an den Verwaltungsrat folgende Kundgebung gegen den Vorschlag der britischen Regierung auf Revision des Achtstundenübereinkommens gerichtet:

Bei Eröffnung Ihrer 39. Tagung wenden sich der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen im Namen von 14 000 000 organisierten Arbeitern an Sie, um im Hinblick auf den dem Verwaltungsrat unterbreiteten Antrag auf Revision der Washingtoner Achtstundenkonvention Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Erwägungen zu lenken:

Die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter haben der Internationalen Arbeitsorganisation in loyaler Weise ihre Mitwirkung geliehen, im festen Vertrauen darauf, daß ihre Mitarbeit beim Aufbau einer internationalen Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht vergeblich sein würde.

Die Arbeiterklasse betrachtet das Washingtoner Achtstunden-Übereinkommen als den Grundstein der internationalen Arbeitsgesetzgebung. Eine Revision im Geiste des vom britischen Regierungvertreter gestellten Antrages wäre gleichbedeutend mit dem Ruin des Übereinkommens.

Teil XIII des Friedensvertrages hat den Regierungen formelle Pflichten auferlegt: das Washingtoner Achtstunden-Übereinkommen ist der erste und bedeutungsvolle Schritt zur Erfüllung dieser Pflichten. 28 Regierungen haben dem Übereinkommen zugestimmt und damit die moralische Verpflichtung übernommen, den Achtstundentag bzw. die 48stündige Arbeitswoche den Bestimmungen der Konvention gemäß durchzuführen. Dasselbe gilt mutatis mutandis für die Arbeitgeber, von denen Vertreter aus 17 Ländern für das Übereinkommen stimmten. Die Verletzung der moralischen Verpflichtung zur Ratifizierung unter Zuhilfenahme einer jophistischen Auslegung des Teiles XIII des Friedensvertrages würde die Internationalen Arbeitskonferenzen zu leeren Versammlungen machen.

Würde die Revision im Sinne der von der britischen Regierung gemachten Ankündigung durchgeführt werden, so würde dies das Vertrauen der Arbeiter in die Internationale Arbeitsorganisation unzweifelhaft erschüttern.

Die Unterzeichneten sprechen daher den dringenden Wunsch aus, der Verwaltungsrat möge sich gegen jede Revision erklären und Mittel und Wege angeben, um eine neuerliche kraftvolle Aktion zugunsten der Ratifizierung der Achtstundenkonvention in allen Ländern durchzuführen.

Nur durch ein derartiges Vorgehen kann das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Internationale Arbeitsorganisation

aufrechterhalten werden, und nur auf diese Weise würden die Regierungen ihrem gegebenen Wort und dem Geiste des Teiles XIII des Friedensvertrages gemäß handeln.

Internationaler Gewerkschaftsbund.
gez. J. o. h. Sassenbach, Sekretär.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Aus der keramischen Industrie.

Die Lohnbewegung der westdeutschen Zementindustrie, in der seit dem 28. April dieses Jahres 3500 Zementarbeiter im Ausstand stehen, hat bis jetzt dazu geführt, daß mit neun Werken, die dem Westdeutschen Zementverband nicht angehören und etwa 600 Arbeiter umfassen, Verträge abgeschlossen wurden, die Stundenlöhne bis zu 95 Pf. bringen.

Für die Westfälischen Zementfabriken in Ithoe-Lagerdorf und die Drefenburger Zementwerke ist vom Schlichter in Lübeck ein Schiedspruch gefällt worden, der für Vollarbeiter eine Lohnzulage von 12 Pf. pro Stunde vorsieht, d. h. für Handwerker pro Stunde 15 Pf., für Brenner 13,5 Pf. und für die übrigen angelernten Zementarbeiter sowie Heizer und Maschinenisten 13,2 Pf.

Mit dem Arbeitgeberverband 'Feuerfest', Sachsen, wurde ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen, der am 1. Mai in Kraft trat. Der Tarifvertrag bringt eine Erhöhung des Stundenlohnes um 7 Pf. in der Spitze.

Grundlegende Verbesserungen wurden auch im neuen Mantelfaristarif erzielt. Es gelang, das bisherige Überzeitarabkommen zu befristen und eine Verbesserung der Zuschläge für Überstunden zu erreichen.

Verbandstagsdiskussion.

Die Invalidenversicherung in unserem Verband.

Von Bernhard Meier, Hainichen i. Sa.

Wer heute in den Kreisen der Invaliden Umtrieb hält, und mit den Renten- und Fürsorgeverhältnissen in der Deutschen Republik einigermaßen vertraut ist, der wird die geplante Einführung einer Invalidenrente-Behilfe durch die Verbände lebhaft begrüßen.

62 Prozent aller alleinlebenden Fürsorgeempfänger müssen mit weniger als 40 Mk. monatlich auskommen. Das ist doch ein Beweis dafür, daß eine Rentenbeihilfe dringender notwendig ist.

Der Zweck der Sache muß sein: Die geringlich auszureichenden Renten durch die Leistungen der Verbände zu verbessern. Jedem dürfen mit dieser Einführung unsere Mitglieder nicht zu stark zu erhöhen. Beiträgen belastet werden, und bei richtiger Ausrichtung soll auch die Hauptlast nicht zu stark in den Rücken der Verbände fallen.

Der Kollege Liebenow, Rudolfsbad, schreibt: Die Vertragsleistung, Anrechnungsberechtigungen und Anteile der Lokalkassen sind so zu gestalten, wie sie das Statut zur Zeit vorsieht.

der vorgeschriebenen Beiträge gewöhnt. Sollte jetzt aber eine Herabsetzung der Unterstützungssätze und eine gleichzeitige Erhöhung der Beiträge eintreten, dann wird die Agitation erschwert, zum anderen aber werden die Mitglieder keinen höheren Beitrag leisten.

Es würden wiederum Jahre vergehen, bevor eine einigermaßen vom Statut vorgeschriebene Beitragsleistung erreicht wäre.

Bei Einführung dieser Unterstüfung soll auf die zur Zeit bestehenden Beiträge ein Zuschlag von 10 bis 30 Pf. erhoben werden. Mit diesen Beiträgen ist die Unterstüfung tragbar.

Berichte aus den Zahlstellen.

Rudolfsbad. Am 22. April fand in Rudolfsbad eine gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß die Verwaltungsgeschäfte immer umfangreicher sich gestalten.

Die Einnahme der Hauptkasse betrug 21 523,21 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 9776,09 Mk., dem stand eine Ausgabe der Lokalkasse von 6671,60 Mk. gegenüber.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Aus der Unfallversicherung.

Das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsbehörde über die Berufsgenossenschaften hat nunmehr die Ergebnisse über die reichsgesetzliche Unfallversicherung für das Jahr 1926 endgültig und für das Jahr 1927 mit vorläufigen Zahlen bekanntgegeben.

Im Reichsgebiet waren 1926 insgesamt 5 480 747 Betriebe mit 23 986 284 Arbeitnehmern bei den Trägern der Unfallversicherung versichert.

Über die Unfallversicherung im Jahre 1927 liegen zunächst vorläufige Zahlen vor. Die Gesamtaufwendungen betragen danach 332 700 000 Mk.

Table with 2 columns: Category and Amount in Mk.
Entschädigungen (Renten) . . . 279 052 000 Mk.
Unfallverhütung . . . . . 6 211 000 Mk.
Verfahrenskosten . . . . . 9 741 000 Mk.
Finanzdienst . . . . . 4 246 000 Mk.
Verwaltung . . . . . 32 454 000 Mk.

Nach vorläufigen Zusammenstellungen sind im Jahre 1927 rund 1 290 000 Unfälle gemeldet, das sind rund 275 000 mehr als im Jahre 1926.

Gewerbebetriebe 1 008 273, landwirtschaftliche Betriebe 213 255, Ausführungsbehörden 68 496.

Unter den gemeldeten Unfällen befinden sich 4261 mit Folgen von Berufskrankheiten.

Genossenschaftliches.

Die Generalversammlung der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

findet am 13. September d. J. in Heidelberg statt. Nach dem Mitgliederstand am 1. Januar 1928 sind 164 Vertreter der Mitglieder zur Generalversammlung zu delegieren.

- die Gruppe A (Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Abteilungsleiter) . . . 5 Delegierte,
die Gruppe B (Lagerhalter u. Lagerhalterinnen) . . . 16 Delegierte,
die Gruppe C (Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfen) . . . 22 Delegierte,
die Gruppe D (Bäcker, Schächter, Buchdrucker, Laborarbeiter und sonstige gelernt. Berufe) . . . 19 Delegierte,
die Gruppe E (Hilfsarbeiter, Transportarbeiter (Kraftwagenfahrer) u. sonstige ungelern. Berufe) . . . 20 Delegierte.

Die Betriebsräte der genossenschaftlichen Organisationen, die der Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angegeschlossen sind, werden ersucht, zur Vertreterwahl Stellung zu nehmen und Wahlvorschlüge vorzubereiten, die auf Anforderung einzusenden sind.

Rundschau.

Die Selbstaufhebung der Arbeiterklasse.

Die 'Deutsche Werkgemeinschaft', das Organ der werkgemeinschaftlichen Arbeiterbewegung, bringt in der Nr. 17 vom 29. April 1928 unter der Überschrift 'Vormarsch des Sozialismus' unter anderem folgende Ausführungen:

Aber die Inflation der fröhlichen Gelder der sozialdemokratischen Bank auf den Wohnungsmarkt und Baumärkten haben wir bereits früher in einer kurzen Notiz berichtet.

Angesichts dieser finanziellen Entwertung der sozialistischen Banknotenrechnungen sowie der Gründung einer neuen 'Höbings-Gesellschaft' (Dachorganisation) 'Konzentration' für die verschiedenen sozialistischen Wirtschaftskombinationen, sollen die nationalen Parteien und die freie vaterländische Bewegung dieser

bedrohlichen Entwicklung doch eine größere Aufmerksamkeit schenken als bisher. Andererseits ist sehr gut denkbar, daß sich die sozialistische Finanzorganisation wie eine Spinne langsam in den deutschen Produktionsapparat einspinnt.

Das gelbe Blatt, das angeblich Arbeiterinteressen vertreten will, hat also Angst vor dem Aufstieg der Arbeiterklasse, wünscht also weiter deren Ausbeutung durch den Privatkapitalismus.

Raslin predigt Sparsamkeit.

Auf dem russischen Lärnarbeiterkongress hat der Vorsitzende des Zentralerekutivkomitees der Sowjets, Raslin, eine Begrüßungsansprache im Namen der Regierung gehalten, die nach 'Trud' (vom 8. April), in folgenden Gedanken gipfelte:

Man muß den Arbeitern und Bauern die Werkzeugung beibringen, daß persönliche Ersparnisse unbedingt notwendig sind. Wir sind noch weit von dem Regime entfernt, das möglich wäre, jeden nach seinen Bedürfnissen sicherzustellen.

Keine Verwendung für alte Arbeiter.

Das englische Arbeitsministerium hat eine aufschlußreiche Untersuchung über das Alter der Arbeitslosen angestellt. Nachstehende Tabelle unterrichtet über die Verteilung der Arbeitslosigkeit nach dem Alter der Arbeitslosen in sämtlichen Industriezweigen, außerdem in Maschinenbau, Elektroindustrie und Schiffsbau in Prozent.

Table with 5 columns: Altersgruppe, Sämtl. Industriezweige, Allg. Maschinbau, Schiffsbau, Schiffsbau.
18 und 17 . . . 1,5 . . . 1,0 . . . 5,5 . . . 1,9
18 16 . . . 5,2 . . . 4,9 . . . 8,8 . . . 2,3
20 bis 24 . . . 15,9 . . . 17,6 . . . 25,5 . . . 16,9
25 29 . . . 14,2 . . . 11,1 . . . 14,5 . . . 12,9
30 34 . . . 9,9 . . . 11,7 . . . 10,9 . . . 3,2
35 44 . . . 17,8 . . . 19,2 . . . 10,9 . . . 18,9
45 54 . . . 17,5 . . . 17,7 . . . 16,4 . . . 12,9
55 u. darüber . . . 18,8 . . . 16,8 . . . 12,7 . . . 20,4

Die größte Arbeitslosigkeit zeigen die Altersklassen von über 45 Jahren. Die über 65 Jahre alten Arbeiter wurden von der Unternehmung überhaupt nicht erfasst, weil die Arbeitslosen über 65 Jahre keine Arbeitslosenunterstützung, sondern Altersrente erhalten.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 1. Quartal haben eingehandt:

- Gau 1: Detmold, Fallersleben, Goslar, Grünemplan, Sachendorf, Lübbecke, Nienin, Soltau, Stadtdendorf, Wern, Wilsbühde, Schwarmstedt, Westerberg.
Gau 2: Bismarck, Dommitsch, Harzgerode, Hestfeld, Mühlberg, Seehausen, Wirtsdorf, Wardelegen.
Gau 3: Dr. Posten, Guben, Schneidemühl, Zehdenick, Prenzlau, Vollen, Wriezen.
Gau 4: Ober, Fiddichow, Goldberg, Rammin, Körlin, Parchim, Plan, Schwaan, Schwerin, Stolp, Strehlitz, Teltzin, Treptow (Kol.), Warin, Warnemünde, Wismar, Wittfenburg, Rastrefitz, Treptow (R.).
Gau 5: Allenstein, Danzig, Rastenburg.
Gau 6: Glogau, Oppeln, Waldenburg, Ziegenhals, Glatz, Gletwitz.
Gau 7: Muckranstäd, Rosten, Planen.
Gau 8: Altenfeld, Bedheim, Eisenberg (Thür.), Fehrenbach, Gießfeld, Gotha, Grünenthal, Heiligenstadt, Kloster Wehra, Müdenberg, Naumburg, Oßleben, Sonneberg, Scherfingermendorf, Triptitz, Hinterbach, Gräfenroda.
Gau 9: Bayreuth, Kronach, Ritzsch, Vohr, Marktredwitz, Schwabach, Tettau, Walchassen, Warmensteinach, Weiden, Wiesau, Windheim.
Gau 10: Bruchmühl, Deggendorf, Mairburg, Straubing, Trostberg, Tübingen.
Gau 11: Altrach, Bollingen, Dürheim, Karlstube, Pforzheim, Reutlingen, Rottweil, Singen, Schwemningen, Stuttgart, Waldshut, Ulm, Goppingen.
Gau 12: Gernersheim, Ludwigshafen, Saarbrücken, Seckach.
Gau 13: Frankfurt a. M., Gießen, Höhr-Drenthausen, Kassel, Mainz, Worms, Limburg.
Gau 14: Aachen, Andernach, Bonn, Düren, Köln, Stöberg, Krefeld.
Gau 15: Elmshorn, Geesthacht, Lauenburg, Leer, Marae, Papenburg, Lönning, Varel, Bächen, Wesermünde.
Gau 16: Briton, Dornmund, Neubeckum, Haffendorf, Raugel, Schauerfeld, Witten, Würgendorf, Wedel, Fröndenberg, Hagen, Herbede, Siegen, Eschen, Essen, Gerthe, Winnen.

Literarisches.

Koffchen Elmel Die Geschichte eines Sonderlings. Von Otto Kaufmann. 113 Seiten. Preis 1,20 Mk. Selbstverlag Otto Kaufmann, Berlin SW 68, Alexandrinerstraße 29. Nur wer im engen Verkehr mit dem 'gewöhnlichen Volk' steht, der versteht sie ganz, der hört ihre inneren Klagen, der hört den Schrei ihrer gequälten Seele.

Geschäftskünste im heutigen Konkurrenzkampf. Von J. Joerßen (Füssen). 21.-30. Laufend. Preis 2,00 Mk., gebunden 3,30 Mk. Organisations-Verlag U. G., Dr. Emil Abigt, Leipzig 80 (Postfach-Konto Leipzig 9044). - Eine antike Erfindung unserer Zeit gefundener Geschäftsmoral hat Kaufmann in bläulichen Aufwänden lassen, die zu jedem Preis sich auf Kosten der Unkundigen schnell bereichern wollen, allerlei Geschäftskünste anwenden, um ihr Ziel zu erreichen, hinterher aber schwer zu fassen sind.

Arbeitsrecht. Die reichsrechtlichen Vorschriften über das Arbeitsverhältnis. Vertragsgabe mit ausführlichem Sachregister unter Mitwirkung von Dr. G. Hoening, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M., herausgegeben von Dr. Heinrich Hoening, Professor der Rechte in Freiburg i. B. 12. Auflage, 1928. 27. bis 31. Laufend. XXXII und 739 Seiten kl. 8°. J. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig; in Leinen 9 Mark. - Sie bringt die Veränderungen hinsichtlich der Lohnsteuer, der Lohnpändung, des Betriebsratsgesetzes, der Anordnungenbestimmungen zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung u. a. m.; sie begleitet das Inkrafttreten der Neufassung der Tarifvertragsordnung. Auch das Sachregister ist weiter ausgebaut. (Abgeschlossen nach dem Stande vom 10. März 1928.)

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Aus der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie.

Der Bericht der Berufsgenossenschaft für das Jahr 1927 liegt noch nicht vor. Die „Chemische Industrie“ veröffentlicht aber bereits etwas aus dem mündlichen Bericht des Geschäftsführers der Berufsgenossenschaft in der letzten Vorstandssitzung. Der Bericht enthält Angaben, die für die Arbeiter interessant und wissenswert sind. Der Geschäftsführer, Herr Dr. Martius, führte aus, daß in den letzten Jahren zahlreiche neue Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete der Unfallversicherung ergangen sind, die teilweise in die finanziellen und verwaltungsmäßigen Aufgaben der Berufsgenossenschaft tief eingegriffen haben. In der jüngsten Zeit hat die Gesetzgebungsmaschine auf diesem Gebiete erfreulicherweise etwas langsamer gearbeitet. Die dadurch eingetretene Ruhe war für die Berufsgenossenschaften dringend erforderlich, um die aus der Gesetzeslage erforderlichen Umrechnungen und Neuberechnungen sachgemäß vornehmen zu können.

Den Berufsgenossenschaften ist es zur Pflicht gemacht worden, in Zukunft dem Heilverfahren eine weit größere Beachtung beizulegen, als es früher der Fall war. Der Ausbau der Sachleistungen soll neben der möglichst vollkommenen Heilung der Verletzten eine Herabminderung der geldlichen Leistungen der Berufsgenossenschaft zum Ziele haben.

Auch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten hat die Arbeiten der Berufsgenossenschaft erheblich vermehrt. Diese Mehrarbeiten beruhen zum Teil auch auf Fehlmeldungen der Betriebsunternehmer. Es wird auch über Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen geklagt, soweit es sich um Berufserkrankungen handelt. Auch die Mitarbeit der Ärzte auf diesem Gebiete hat die Berufsgenossenschaft nicht befriedigt.

Die bisher gemachten Erfahrungen mit den gewerblichen Berufserkrankungen lassen erkennen, daß durch umfassende Aufklärungsarbeit bessere Verhältnisse geschaffen sind. Die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung der Versicherungsämter wird aber bei der Durchführung der Verordnung über Berufserkrankungen als Hemmung und Last von der Berufsgenossenschaft empfunden. Auch wird angeklagt vom Versicherungsamt nicht immer der „geeignete Arzt“, wie ihn die Versicherungsordnung vom 12. Mai 1925 nennt, zur Untersuchung des Erkrankten herangezogen. Als geeignete Ärzte können nur solche angesehen werden, die über besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf gewerbehygienischem Gebiete verfügen, was von den in der Regel von den Versicherungsämtern in Anspruch genommenen Amtsärzten nicht gesagt werden kann.

Die Klage der Berufsgenossenschaft ist berechtigt, geeignete Ärzte mit gewerbehygienischen Kenntnissen sind selten. Wenn auch nicht direkt gesagt, so ist für den Eingeweihten aber doch aus diesen Sätzen zu erkennen, daß die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie am liebsten nur mit ihren Vertrauensärzten arbeiten möchte. Das liegt aber nicht im Interesse der Versicherten.

Nach Aufzählung weiterer angeblicher Schwierigkeiten wird bedauernd ausgesprochen, daß maßgebende Kreise jetzt schon mit der Absicht umgehen, die Liste der Berufserkrankungen zu erweitern. Auf Grund der Tätigkeit des Reichsweiterer Erkrankungen ersucht hat, sprach Herr Dr. Martius dann von unerlösten Ansprüchen. In bezug auf gewerbliche Hauterkrankungen vertritt er die Ansicht, daß betrieblige Hauterkrankungen in der Hauptsache meist auf die individuelle Veranlagung der einzelnen Personen zurückzuführen sind.

In der chemischen Industrie wie in vielen anderen Industriegruppen treten gewerbliche Hauterkrankungen häufig, manchmal beinahe epidemisch auf. Es ist seit langem das Ziel der Gewerkschaften, die diesen Hauterkrankungen ausgesetzten unglücklichen Arbeiter in den Genuss der Unfallentschädigung zu bringen. Die von Herrn Dr. Martius ausgesprochene Ansicht ist uns aus dem Munde verschiedener Herren Fabrikärzte der chemischen Industrie hinlänglich bekannt. Sie wird aber von der Mehrzahl der Ärzte nicht geteilt. Gewerbliche Hauterkrankungen treten viel zu häufig auf, und hinterlassen nicht selten schwere Dauerschäden, so daß wir nicht der Auffassung sein können, daß der Arbeitsminister sich von den Wünschen der Berufsgenossenschaft beeinflussen läßt.

Auf einem anderen Gebiete hat Herr Dr. Martius in aller Form erkennen lassen, daß der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie die Mitarbeit der Gewerkschaften unerwünscht ist. Er führte aus, daß infolge der Erweiterung der Versicherungspflicht Krankheitsverhütungsvorschriften aufgestellt werden mußten. Diese Vorschriften sind von der Berufsgenossenschaft und den Fabrikärzten der chemischen Industrie entworfen und sind von den anderen Berufsgenossenschaften, die an der Verordnung über Berufserkrankungen interessiert sind, gutgeheißen. Das Reichsversicherungsamt hat aber die Genehmigung zur Einführung dieser Krankheitsverhütungsvorschriften noch nicht erteilt, weil die Gewerkschaften den Wunsch geäußert haben, zur Beratung dieser Entwürfe zugezogen zu werden. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie lehnt die Mitwirkung der Gewerkschaften ab, weil diese bemüht sind, die Betriebsräte bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften usw. mit zu beteiligen. Die Berufsgenossenschaft erblickt in einer solchen Maßnahme eine Durchbrechung des gesetzlichen Rahmens der Aufgaben der Betriebsräte. Wir sehen also, daß die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie unbeirrt an der Selbstverwaltung durch die Unternehmer festhält und den Arbeitervertretern jeden Einfluß versperrt will.

### Der schwedische Zündholztrust ist mit der deutschen Gesetzgebung zufrieden.

Der schwedische Trust für Zündhölzer hat kürzlich seine Bilanz und seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1927 veröffentlicht. In der Bilanz wird ein Nettogewinn von 43 Millionen schwedischen Kronen ausgewiesen, sicherlich ein kleiner Bruchteil der wirklich erzielten Gewinne, wobei zu bemerken ist, daß die wirklichen Gewinne, die in die Hundertmillionen gehen, von den Gründern und Großaktionären des Zündholztrusts hauptsächlich bei der Neuausgabe von Aktien und Obligationen erzielt werden, die in den Bilanzen überhaupt nicht erscheinen können. In der internationalen Übersicht, die der Trust über seine Geschäfte in aller Herren Länder gibt, und die über das weitere Vordringen des Trusts berichtet, wird die besondere Zufriedenheit mit der deutschen Entwicklung zum Ausdruck gebracht. Dies mit Recht: In keinem einzigen Lande wurde dem Trust soviel geboten wie in Deutschland. Bekanntlich wurde in Deutschland mit Hilfe der Regierung ein Zwangssyndikat, das durch das „Zündholzpervertgesetz“ unterstügt wird, geschaffen. Ohne besondere Regierungserlaubnis darf in Deutschland keine neue Zündholzfabrik gegründet werden, wodurch die bestehenden Unternehmungen eine kräftige Unterstützung erhielten. Nun waren bei Gründung des Kartells bereits mehr als 70 Prozent der deutschen Zündholzfabriken im Besitz des Schwedentrusts. Seitdem geht der Verkauf der noch außenstehenden Fabriken weiter vorwärts, indem der Schwedentrust deren Betriebe bzw. die Produktionsquoten aufkauft. So gelangte der Schwedentrust in Deutschland zu einer tatsächlichen Monopolstellung, ohne daß er dafür wie in anderen Ländern irgendwelche Opfer bringen mußte. In Frankreich hat der Trust sich bekanntlich 1927

Gründung der englisch-amerikanischen Finanzierungs-Gesellschaft „Finanzgesellschaft für Großbritannien und Amerika“ erwartet. Gründer der neuen Großorganisation ist der Vorsitzende des englischen Chemietrusts Sir Alfred Mond; an der Leitung sind aber auch Vertreter der chemischen Industrie der Vereinigten Staaten beteiligt. Deshalb wird angenommen, daß die enge Zusammenarbeit in der Finanzierungs-Gesellschaft auch zu Verknüpfungen zwischen der englischen und amerikanischen chemischen Industrie führen wird.

### Papier-Industrie

#### Moderne Anlagen in der Papiererzeugungsindustrie.

In den Fällnerwerken in Warmbrunn werden zur Zeit die Maschinen für eine moderne Zeitungsdrukpapierfabrik hergestellt. Einer Schilderung im „Papierfabrikanten“ über den Produktionsprozeß entnehmen wir auszugswise folgende Angaben:

Das in langen Stämmen angeflößte Schleifholz wird durch einen Kettentransport aus dem Wasser gehoben und einer Säge zugeführt, um in die entsprechende Länge geschnitten zu werden. Ein weiterer Kettentransport befördert das Schleifholz nach der Holzpußerei, wo es den Holzpußmaschinen zugeführt wird. Durch Transportgurte wird das geschälte Holz nach dem Schleifholzlager gebracht.

Der auf drei Dauerschleifern von 1100 P. S. geschliffene Stoff wird über Splittersänger mit automatischer Reinigungsvorrichtung geleitet, den rotierenden Stofwpumpen zugeführt und von dort nach den Sortierern befördert. Die Sortierung besteht aus einer Vor- und Nachsortierung. Der aus der Vorsortierung kommende Feinstoff fließt über Einstickzylinder nach der Holzstoffbütte, während der Grobstoff der Nachsortierung zugeleitet wird. Der Feinstoff der Nachsortierung fließt ebenfalls über die Einstickzylinder nach der Holzstoffbütte, der Grobstoff dagegen wird den Raffineuren zugeleitet. Mit Hilfe einer rotierenden Abwasserpumpe wird das Abwasser von den Einstickzylindern als Fabrikationswasser den Schleifapparaten wieder zugeleitet.

Die Zellulose wird in Zellstoffzerreißern zerkleinert und mittels Transportband den Zelluloseholländern zugeführt. Die Zelluloseholländer werden in eine unter den Holländern stehende Bütte entleert. Kolbenstoppumpen saugen den Holzstoff und die gemahlene Zellulose aus den Bütten und drücken denselben in einen Doppelkasten zur Nachkontrolle der Konsistenz. Von hieraus geht der Stoff nach dem Eintrag-, Meß- und Mißapparat, der durch eingebaute Meßgläser die einzelnen Rohstoffe, wie Zellulose, Holzstoff, Mann usw. dem Mißkasten zuteilt.

Von hieraus gelangt der Stoff in die Papiermaschinenbütte, wo er durch Kolbenstoppumpen den Regelstoffmühlen zugeführt und von diesen nach der Papiermaschine befördert wird.

Die Siebbreite der Papiermaschine beträgt 4900 Millimeter, die Arbeitsbreite 4500 Millimeter, die Arbeitsgeschwindigkeit 300 Meter in der Minute. Die Papiermaschine besteht aus drei Großdrehknochenfängern, einer Siebpartie von 28 Meter Sieblänge und einem Hochdruckauflaufkasten, 6 Saugern und einer Saugwalze, einer freistehenden Filzwäsche, Filzsauger und zwei Nappressen. An Stelle der ersten Nappresse tritt eine patentierte Saugpresse. Die Trockenpartie besteht aus 30 Papiertrockenzylindern mit einem Durchmesser von je 1500 Millimeter und 12 Filztrockenzylindern. Die Trockenpartie ist in drei Gruppen eingeteilt und ist außer den normalen Filzspannungen weiterhin mit einer Spanne und Umspannungsvorrichtung für die Trockenfilze ausgestattet. In die Trockenpartie schließen sich zwei Kühlzylinder, ein Saffinierwerk mit 8 Walzen und Luftkühlung sowie ein Rollapparat an. Die Trockenpartie ist mit einer automatischen Papierführung ausgestattet. Zur Abführung der Dampfschwaden ist eine Blasevorrichtung in die Trockenpartie eingebaut, um eine günstige Entlüftung zu erzielen. Anschließend an die Papiermaschine befindet sich eine Aufrollvorrichtung und weiterhin ein Fällnerroller.

Der anfallende Anschnuß wird einem Anflößehölander zugeführt, der den Stoff nach der Rührbütte leitet. Aus dieser Bütte wird der Stoff durch eine Kolbenpumpe aufgesetzt und der Holzstoffbütte zugeführt. Der anfallende Gauschbruch wird mittels einer Vorrichtung ebenfalls der Holzstoffbütte zugeführt.

Zur bequemen Bedienung der einzelnen Maschinen sind Hebezeuge vorhanden, so daß der Walzenwechsel an den Maschinen und der Steinwechsel bei den Schleifern in bequemer und leichter Arbeitsweise vorgenommen werden kann.

Die tägliche Produktion dieser Anlage beträgt innerhalb 24 Stunden 80 000 Kilogramm Zeitungsdrukpapier.

Die bisher bekannte langsam laufende Feinpapiermaschine hat gleichzeitig einem Schnellläufer weichen müssen. Wie die Werkszeitung der „Feldmühle“ in ihrer Nr. 13 berichtet, ist am 13. März d. J. in dem Werke Hohenkrug eine neue Feinpapiermaschine in Gang gesetzt worden, die eine Arbeitsbreite von 3,65 Meter aufweist und innerhalb 24 Stunden 40 000 Kilogramm Feinpapier herstellt. Die Maschine soll die größte Feinpapiermaschine der Welt sein. Damit besitzt die Feldmühle in ihren Werken neben der schnelllaufendsten Druckpapiermaschine Deutschlands auch die schnelllaufendste Feinpapiermaschine der Welt. Diese Feinpapiermaschine wurde ebenfalls im Fällnerwerk in Warmbrunn hergestellt.

Daß auch die Schleifereien immer mehr zu Galoppbetrieben ansarfen, beweist die Schleiferei der Aktiebolaget Scharms Söner im Sofiehem (Schweden). Diese Schleiferei besitzt fünf Voithsche Stetiggleifer und vier Kamyr-Entwässerungsmaschinen. Die Leistungsfähigkeit dieser Schleiferei beträgt 80 000—90 000 Tonnen Holzstoff. Es handelt sich bei dieser Firma nicht nur um die größte Schleiferei Europas, sondern auch um den größten Holzstoffhersteller Europas.

## Zür

Putschgenerale, für Gottesgnaden-Deserteure, für Hochverräter und ähnliche Leute haben die Rechtsparteien Geld, für die Großgrundbesitzer, die keine Steuern zahlen, sind sie bereit, scheffelweise zu geben. Ohne viel zu reden, werden Millionen für

## Wanzerchiffe

hinausgeworfen, obwohl kein Mensch weiß, was wir mit einem Kriegsschiff anfangen sollen. Kriege führen? Unfinn! Aber wozu dann ein Kriegsschiff? Können wir uns den Luxus eines solchen Spielzeuges erlauben? Wissen die Rechtsparteien

## nicht

wohin mit der vielen Lohnsteuer? Soll das Kriegsschiff gegen den „inneren Feind“ verwandt werden? Oder sollen nur eine Anzahl von Offizieren eine Existenz erhalten? Wir behaupten, die Millionen

## für

das Kriegsschiff sind einfach fortgeworfen. Vielleicht können wir eines Tages mit dem Kriegsschiff Jagd auf Heringe machen. Aber besser wären die Millionen angewendet für die

## Sozialrentner

für arme unterernährte Kinder, für Witwen und Waisen oder zum Bau von Wohnungen. Soll in diesem Sinne in Zukunft Politik gemacht werden, dann müssen alle Arbeitnehmer sozialdemokratisch wählen!

von der Regierung bestimmte Vorrechte sichern können, ohne eine Monopolstellung, erlangt zu haben. Das staatliche Zündholzmonopol ist weiter bestehen geblieben. Die französische Monopolverwaltung ist nur zum Bezuge ihres Rohstoff-, Maschinen- und Einzahlbedarfs vom Schwedentrust verpflichtet, außerdem wurde diesem erlaubt, Zusatzzündhölzer in Frankreich zu vertreiben. Dafür erhielt aber die französische Regierung eine Anleihe von 75 Millionen Dollar zu außerordentlich günstigen Bedingungen, nämlich zu 5 Prozent bei einer Abzahlung von fünfzig Jahren. Der Übernahmekurs war ebenfalls sehr günstig, er betrug 93 1/2 Prozent, während die amerikanische Leihgesellschaft des Schwedentrusts selbst sich diese Anleihe viel teurer beschaffen mußte. Die Länder, die dem Schwedentrust ein Monopol gewährten, erhielten sämtlich Anleihen zu günstigen Bedingungen. Ende 1927 hat sogar das kleine Ecuador eine billige Zwei-Millionen-Dollar-Anleihe erhalten. Nur in Deutschland braucht sich der Trust nicht zu Gegenleistungen anzustrengen. Wenn nun der Schwedentrust in seinem jüngst veröffentlichten Bericht behauptet, daß die Bedingungen auf dem deutschen Zündholzmarkt durch die Gesetzgebung in einer Weise geregelt würden, die sowohl für die Unternehmer wie für die Verbraucher vollkommen zufriedenstellend sei, so trifft nur die erste Hälfte der Behauptung zu. Daß die Verbraucher Grund zur Zufriedenheit haben, ist völlig aus der Luft gegriffen; war doch die erste Tat des Zwangskartells eine kräftige Preiserhöhung!

### Fortschreitende Vertrustung der chemischen Industrie der Welt.

Nachdem die chemischen Industrien Deutschlands, Englands und Frankreichs bereits hochgradig vertrustet sind, tritt auch in anderen Ländern die Tendenz zur Zusammenfassung verschiedener chemischer Unternehmungen hervor. In Belgien, wo bereits vor nicht langer Zeit eine Anzahl chemischer Unternehmungen sich zu einem Großkonzern zusammengeschlossen haben, wurde kürzlich die Gründung eines neuen Chemietrusts durch Zusammenkauf von vier Großkonzernen angekündigt. Das Aktienkapital der neuen „Chemischen Union Belgiens“ wird 175 Millionen Frank betragen. Er wird den Markt für Schwefelsäure und deren Nebenprodukte beherrschen und auch große Kohlenbergwerke umfassen. In Italien dehnt sich der Montecatini-Konzern in raschem Tempo aus und hat in letzter Zeit eine große Anzahl von verschiedenen Unternehmungen der chemischen Industrie übernommen. Der Montecatini-Konzern, der in Italien auch die Herstellung von Aluminium betreibt, steht kapitalkräftig mit der reichsdeutschen Aluminiumindustrie — Lauscha-Werke — in Verbindung. Neue internationale Verknüpfungen der chemischen Industrie werden von der jüngst erfolgten

Wie angeht die dieser technischen Entwicklung der Schleifereibetriebe die Bezirksarbeitsgeberverbände bei den Lohnverhandlungen immer noch versuchen, den Eindruck zu erwecken, als ob durch geringe Lohnnachlässe die Lebensfähigkeit der kleinen auf wechselnde Wasserkraft angewiesenen Handelsholzsleifereien gewahrt werden könne, ist unverständlich. Die Besitzer dieser Betriebe sowohl wie die Arbeiterschaft werden sich mit dem Gedanken abfinden müssen, daß die moderne technische Entwicklung der Holzstoffindustrie ihren Weg weiter schreitet, und damit zum Totengräber dieser kleinen Handelsholzsleifereien wird. Von dieser unumstößlichen Tatsache ausgehend, haben wir uns auch bisher geweigert, dem Wahne zu huldigen, daß durch Lohnnachlässe irgendwelcher Art die Existenz dieser Handelsholzsleifereien gerettet werden könne. Wenn trotz dieser modernen technischen Entwicklung in der Papiererzeugungsindustrie die deutschen Arbeitgeber immer wieder den Standpunkt einnehmen, daß die Papiererzeugungsarbeiterschaft vorwiegend in Arbeitsbereitschaft arbeitet, wenn die Arbeitgeber nicht einsehen wollen, daß die geradezu rasend schnelllaufenden Maschinen und Apparate der modernen Fabrikation ungeheure geistige Ansprüche an die Arbeiterschaft stellen, dann beweisen sie damit kulturelle Rückständigkeit und einen Mangel an Intellekt.

G. Stähler.

### Der organisierte Lumpenhandel.

Unter der Führung des Norddeutschen Lumpengroßhandels wurde im vorigen Jahre der Versuch unternommen, eine gemeinsame Einkaufsstelle für den Lumpengroßhandel zu schaffen. Zweck dieses Syndikats sollte sein, den Lumpenmarkt zu beherrschen und die Preise zu diktieren. Dieser Zusammenschluß scheiterte am Widerstand führender süddeutscher Firmen des Lumpengroßhandels, die anscheinend den Standpunkt vertraten, daß eine gesunde Konkurrenz auch auf dem Lumpenmarkt nicht von Schaden sein könne.

An Stelle dieses Reichssyndikats sind nun in den letzten Wochen drei kleinere Syndikate gegründet worden, und zwar:

1. die Nordwestdeutsche Einkaufsvereinigung,
2. die Einkaufsvereinigung des süddeutschen Lumpengroßhandels, und
3. die Rheinische Einkaufsvereinigung des westdeutschen Lumpengroßhandels.

Es werden also in Zukunft drei Syndikate beim Lumpeneinkauf auf dem deutschen Markte in Wettbewerb treten.

Die Arbeiterschaft der Lumpensortieranstalten, die heute teilweise ihrer Interessenorganisation, dem Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands, noch teilnahmslos gegenübersteht, soll aus diesen Zusammenschlüssen die Lehre ziehen, daß nur die geeinte Kraft der Arbeiterschaft im Lumpenhandel, ganz gleich, ob es sich um die Groß-, Mittel- oder Kleinbetriebe handelt, in der Lage ist, eine wirkliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Lumpenarbeiterschaft herbeizuführen.

G. Stähler.

### Niederschrift

Über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie am 4. Mai 1928 zu Berlin. Anwesend sind:

1. als Arbeitgebervertreter die Herren v. Altrick, Fuchs, Klinge;
  2. als Arbeitnehmervertreter die Herren: Gräf, Eins, Rücker;
  3. der Leiter der Geschäftsstelle: Dr. Leopold.
- Vorsitz turnusgemäß: Herr Rücker;  
Schriftführer turnusgemäß: Herr Dr. Leopold.

I.

Antrag auf Neuregelung des Gruppenlohnvertrages für die Gruppe Besätze Rheinlande.

Von Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Heck, Hoffmann, Kampmann, Kahl, Dr. Hübner.

Von Arbeitnehmerseite erscheinen die Herren: Eichelmann, Meisenberg, Wirth.

Es wird zur Sache verhandelt.  
Die Parteien sind mit der Befestigung des Tarifamts 3:3 einverstanden.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:  
Mit Wirkung vom 16. April 1928 stellt sich der Lohn (Lohngruppe I) in Ortsklasse I auf 81 Pf., in Ortsklasse II auf 78 Pf. Die Löhne der übrigen Arbeitnehmer erhöhen sich im bisherigen Verhältnis mit der Maßgabe, daß die Löhne der jugendlichen Arbeitnehmer der untersten Altersklassen um mindestens 2 Pf. angehoben werden.  
Diese Regelung gilt bis zum 30. April 1929, zu diesem Termin erstmals kündbar mit vierwöchiger Frist.  
Bis zum gleichen Zeitpunkt gelten auch die Mantelbestimmungen als verlängert, jedoch haben die Parteien bis zum 30. September 1928 über die im Schreiben der Gewerkschaften an den Schiedsgericht vom 14. April 1928 stehenden Forderungen b, c, d und e zu verhandeln. Die Forderung zu f wird abgelehnt. Die Forderung zu a ist durch den vorstehenden Schiedsspruch erledigt.

II.

Antrag auf Regelung der Streitigkeit bei der Firma A. Fiegel-Coply bei Entlohnung der Druckmaschinenfahrer.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren: Dr. Mehlhorn und Hoffmann.

Für die Arbeitnehmerseite niemand.  
Der Preis wird verweigert.

### Preisabba in der Zellstoffindustrie?

Die deutschen Zellstoff-Fabrikanten, die bisher ihre wirtschaftliche Vertretung nur im Verein deutscher Zellstoff-Fabrikanten suchten, haben sich eine neue Organisation im Preisabba, die Zellstoff-G. u. H. als Zellstoffkartell geschaffen. Aufsehen erregend sind nicht vorhanden. Die erste Tafel dieses Zellstoffkartells war der Abbau der Zellstoffpreise. Die folgende Gegenüberstellung der Zellstoffpreise von 1927 und 1928 bestätigt diesen Vorgang formell:

Zellstoffsorte	Zellstoffpreise pro 100 kg	1927	1928
Stärke, ungebleicht	25.-	24.25	
ib., ungebleicht	26.50	25.75	
Prime, normal	27.50	26.75	
Prime, beschliffen	29.75	29.-	
Stärke, gebleicht	33.-	33.-	
Prime, gebleicht	34.50	34.50	

Das Zellstoffkartell ist mindestens das erste Gebilde dieser Art, das seine Entstehung mit einem Preisabba befreit. Wie dieser Preisabba in Wirklichkeit aussieht, dazu geben wir der Unternehmerrichterschaft "Der Papierfabrikant" Nr. 18, Jahrgang 1928, das Wort:

Alle bisher gewährten besonderen Vergünstigungen kommen in Wegfall. Dadurch wirkt sich die nominell kleine Ermäßigung der

Zellstoffpreise in Wirklichkeit als eine Erhöhung aus, da bisher von den Firmen erhebliche Rabatte gewährt wurden. Die Zellstoff-G. u. H. erklärt, daß die Erhöhung der bisher in Kraft gewesenen Preise in den Gesehäftskosten, insbesondere in gestiegenem Holzpreis und Lohn begründet ist. Es wird fortan nur für Lieferungen vom 1. Juli an eine gestaffelte Umgehvergütung gewährt, die im Höchstfall 3 Prozent beträgt.

Die Gegenmaßnahme der Zellstoff-Fabrikanten liegt also darin, daß sie einen offiziellen Preisabba in Wirklichkeit in eine Preissteigerung umgemünzt haben. Damit dürfte nicht nur der Wert der Kartelle, sondern auch deren Daseinsberechtigung drastisch gekennzeichnet sein. Wir sehen uns veranlaßt, diesen Vorgang zu registrieren, einmal, um der Öffentlichkeit die Geschäftspraxis der Kartelle und Syndikate zu illustrieren, zum anderen aber auch, um unsere Kollegenschaft das Mittel in die Hand zu geben, mit dem sie der Preisabbaaufgabe der Unternehmer entgegenzuwirken vermögen.

G. Stähler.

### Die Weltproduktion an Zellstoff und Holzschliff und der Weltverbrauch an Papierholz.

Auf dem französischen Landeskongress für Holz und Holzwaren, der am 7. März d. J. in Lyon abgehalten wurde, gab der führende französische Papierindustrielle A. Navarre die nachstehenden Zahlen über die Zellstoff- und Holzstoffherzeugung und den Papierholzverbrauch bekannt.

Nach diesen Angaben beträgt die Jahreserzeugung an Zellstoff und Holzschliff:

Erdeil	Zellstoff Tonne	Holzschliff Tonne
Europa	3 635 000	2 046 000
Amerika	3 800 000	3 800 000
Asien	265 000	230 000
Zusammen	7 700 000	6 076 000

Navarre berechnet auf Grund dieser Zahlen den Papierholzverbrauch und rechnet dabei auf eine Tonne Zellstoff 6 Festmeter und auf eine Tonne Holzschliff 4 Festmeter Papierholz. Infolgedessen gestaltet sich der Weltverbrauch an Papierholz folgendermaßen:

Papierholz zur Zellstoffherzeugung	46 200 000 Festmeter
Papierholz zur Holzschliffherzeugung	24 304 000
Jahresverbrauch	70 504 000 Festmeter

Die Holzbanfläche Deutschlands beträgt 12,7 Millionen Hektar, davon 9 Millionen Hektar Nadelholz. Von dieser Nadelholzfäche dürften höchstens bis zu 60 Prozent Fichten- und Tannenbestände sein. Die harzhaltigen Holzsorten eignen sich bekanntlich zur Zellstoff- und Holzschliffherzeugung nicht besonders. Infolgedessen ist die deutsche Papiererzeugungs-Industrie gezwungen, bis zu 70 Prozent ihres Papierholzbedarfes aus dem Ausland einzuführen.

G. Stähler.

### Verschiedene Industrien

#### Tarifenwicklung für die Heimarbeiterinnen der Kunstblumenindustrie.

Die Deutsche Heimarbeiter-Ausstellung Berlin 1925 hat noch Stundenlöhne von 1 1/2 und 3 Pf. festgestellt — eine Kulturschande, die mit nichts zu entschuldigen ist. Unternehmer der Kunstblumenindustrie haben zu dieser Kulturschande mit beigetragen. Ermittlungen, die in der Heimarbeit der Kunstblumenindustrie im Frühjahr 1925 wegen der Lohnhöhe bei 62 Familien vorgenommen wurden, haben sehr niedrige Löhne aufgezeigt.

Von den in die Ermittlungen eingeschlossenen Heimarbeiterinnen wurden folgende Stundenlöhne erzielt: 3 Pf. zweimal, 4 Pf. fünfmal, 5 Pf. viermal, 5 1/2 Pf. einmal, 6 Pf. zweimal, 6 1/2 Pf. einmal, 7 Pf. zweimal, 7 1/2 Pf. einmal, 8 Pf. fünfmal, 8 1/2 Pf. einmal, 9 Pf. fünfmal, 10 Pf. sechsmal, 11 Pf. zweimal, 12 Pf. zweimal, 12 1/2 Pf. einmal, 13 Pf. zweimal, 14 Pf. viermal, 15 Pf. einmal, 16 Pf. sechsmal, 18 Pf. viermal, 20 Pf. dreimal, 21 Pf. einmal, 21 1/2 Pf. einmal, 22 Pf. einmal.

Die festgestellten von den Heimarbeiterinnen erzielten Stundenlöhne veranschaulichen in recht deutlicher Form den Zustand des individuellen Lohnendrucks. Es herrscht vollständige Anarchie bei der Lohnbildung. Diese 1925 festgestellte Anarchie bei der Lohnbildung der Heimarbeit in der Kunstblumenindustrie, insbesondere der sächsischen, ist eingedämmt; der individuelle Lohndruck ist historisch geworden. Auf Antrag unserer Organisation wurde der Fachauschuß der Kunstblumenindustrie in den gesamten Freistaat Sachsen errichtet. Unter Bedienung des errichteten Fachauschusses hat unsere Organisation den Heimarbeiterinnen-Lohnarif für die sächsische Kunstblumenindustrie geschaffen.

Der Heimarbeiterinnen-Lohnarif der sächsischen Kunstblumenindustrie ist ein Akkordlohnarif. Als Berechnungsgrundlagen gelten die jeweils vom Fachauschuß festgesetzten oder von den Parteien vereinbarten Stundenzeillöhne. Für 1927 waren dieselben mit 3 Lohngruppen für die Haf- und Dekorationsblumenbranche auf 20, 25 und 32 Pf. mit vier Lohngruppen für die Kranz- und Wachsbirnenbranche auf 18, 24, 30 und 32 Pf. festgesetzt. Für 1928 hat der Fachauschuß die Haf- und Dekorationsbranche mit 24, 30 und 38 Pf. und die Kranz- und Wachsbirnenbranche mit 18, 24, 30 und 38 Pf. Stundenzeillöhnen belegt. Die vom Fachauschuß festgesetzten Löhne werden von dem größten Teil der Unternehmer aus der Kunstblumenindustrie gezahlt. Freilich fehlt es auch nicht an solchen Unternehmern, die den Heimarbeiterinnenlohnarif durchbrechen und Lohndruck, wie von früher her gewohnt, vornehmen. Gegen solche Tarifbrecher und Lohndrücker hilft nur das Zwangsverfahren vor dem Fachauschuß. Seit der Laufdauer des Heimarbeiterinnen-Lohnarif, 1. Januar 1927, wurden eine Reihe solcher Zwangsverfahren eingeleitet. Den betroffenen Unternehmern wurde für jeden vorliegenden Fall durch Fachauschußbeschlüsse aufgegeben, die zu wenig gezahlten Löhne für vier Wochen rückwirkend nachzuzahlen. Es ist nicht bekannt geworden, daß die betroffenen Unternehmer die Fachauschußbeschlüsse nicht erfüllt hätten.

Zur Anferlegung von Buße für die betroffenen Unternehmer ist es bisher noch nicht gekommen. Leider wird die Macht der Fachauschüsse betr. Lohnnachzahlungsbeschlüsse durch § 37 Abs. 4 HGB, auf vier Wochen begrenzt. Es kann daher der tarifbrechende und lohndrückende Unternehmer nicht für seinen vollen Tarifbruch und Lohndruck im Zwangsverfahren verurteilt gemacht werden. Wohl hat die Heimarbeiterin das Recht, den über vier Wochen hinaus zu wenig gezahlten Lohnbetrag beim Arbeitsgericht einzuklagen, dieser Weg wird aber nur in ganz wenigen Fällen gewählt, denn

ihn wählen, ließe keine Arbeit mehr bekommen. Der § 37 Abs. 4 HGB. wirkt nicht als Schutzbestimmung für die Heimarbeiter, wie das eigentlich sein sollte, sondern als Schutzbestimmung für Tarifbrecher und Lohndrücker. Seine Kassierung ist deshalb Gebot der Stunde.

Aus § 20, Ziffer 2, 3 und 4, sowie dem § 28 HGB., ist zu entnehmen, daß der Gesetzgeber die Heimarbeiter für das Gebiet des Tarifrechts als Arbeitnehmer betrachtet haben will. Der Abschluß bzw. die Festsetzung eines Manteltarifvertrages durch Fachauschuß- oder Schlichtungsausschußbeschlüsse ist somit neben Lohnarif oder Lohnfestsetzung gegeben.

Aus vorstehenden Gesichtspunkten haben wir im laufenden Jahr 1927 den Versuch gemacht, für die Heimarbeiterinnen in der sächsischen Kunstblumen- und Wachsbirnenindustrie neben den bestehenden Lohnarif auch einen Manteltarifvertrag zu schaffen. Unsere Forderungen hatten das Ziel, das Arbeitsverhältnis der Heimarbeiterinnen dem Arbeitsverhältnis der Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen in der Kunstblumenindustrie näher zu bringen. Am 8. April vergangenen Jahres hat der Fachauschuß der sächsischen Kunstblumenindustrie zu unserem Antrag Stellung genommen und ein Minimum unserer Forderungen zum Beschluß erhoben.

Die Arbeitgeberverbände der Kunst- und Wachsbirnenindustrie und die interessierten Einzelfirmen betrachteten den Manteltarif für überflüssig und erhoben gegen den Beschluß des Fachauschusses Einspruch. Unsererseits wurde die Rechtsverbindlichkeit beim Schlichter für den Schlichterbezirk Dresden beantragt. Derselbe hat es abgelehnt, die Rechtsverbindlichkeit auszusprechen und hat die Akten zur weiteren Prüfung der Rechtslage an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in Dresden weitergegeben. Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat sich zur Klärung des Streitfalles an den Reichsarbeitsminister gewandt. Zu klären war die Streitfrage: Stehen die Fachauschüsse den Schlichtungsausschüssen gleich und kann der Schlichter einen Beschluß des Fachauschusses für rechtsverbindlich erklären?

Der Reichsarbeitsminister hat unterm 27. Oktober 1927 (III A. 5096) dem sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in einem Bescheide mitgeteilt, daß den Fachauschüssen die Aufgaben der Schlichtungsausschüsse nach der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 übertragen sind. Damit ist vom Reichsarbeitsminister festgestellt, daß die vom Fachauschuß gefaßten Beschlüsse den Beschlüssen der Schlichtungsausschüsse gleich zu achten sind. Nach diesem Bescheide hat der Schlichter für den Schlichterbezirk Dresden Einigungsverhandlungen auf den 26. November 1927 angesetzt. Nach strittiger Verhandlung hat der Schlichter die Verbindlichkeit gemäß § 8, Abs. 1 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 20. Oktober 1923 (RGW. I 1923, S. 1043) abgelehnt. Die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung durch den Schlichter des Schlichterbezirks Dresden bleibt unverändert. Zumal in Deutschland eine Reihe Manteltarifverträge für die Heimarbeiter in freier Vereinbarung abgeschlossen sind und weil gesetzliche Bestimmungen einer Verbindlichkeitsklärung nicht entgegenstehen.

Die bisherige Tarifenwicklung für die Heimarbeiterinnen der sächsischen Kunstblumenindustrie hat auf dem Gebiete der Lohnentwicklung Fortschritte zu verzeichnen. Für die "Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen" muß eine tarifliche Abmachung erst noch errungen werden. Es liegt an den Heimarbeiterinnen selbst, sich eine solche zu erkämpfen. Das ist nur möglich, wenn eine straffere Organisation Platz greift, als das bisher der Fall gewesen ist.

H. E. Klein.

Sonneberg. Aus der Steinindustrie. Fabrikant Chr. Herberich Steinach b. Sbg., ist zu 400 Mk. Buße verurteilt. — Fabrikant Louis Heß, Sonneberg i. Thür., 114,60 Mk. Nachzahlung auferlegt, 848,80 Mk. Buße angeordnet. — Firma Edda Sesselmann, Steinach b. Sbg., 52 Mk. Nachzahlung auferlegt; 156 Mk. Aufandrodung ausgesprochen. — Fabrikant Weber, Steinach b. Sbg., zu 378 Mk. Tarifnachzahlung verurteilt. — Chr. Herberich vom Arbeitsgericht durch V.-Urteil zur Zahlung von 95,22 Mk. verurteilt. — Die oben genannten Firmen glauben die Heimarbeiter auszubuten und untertäniglich bezahlen zu dürfen. Der Fachauschuß hat diesmal glatte Arbeit geliefert. Durch mehr oder weniger ersichtliche Verzichtserklärungen und dergl. haben die genannten Firmen geglaubt, das Recht bezogen zu können. Ansgablich soll es Heimarbeiter gegeben haben, welche das nachgezahlende Entgelt wieder zurückgehoben haben. Viele Sorte Heimarbeiter gehört neben ihren Ausbeutern öffentlich ausgespielt. Die Heimarbeiter können an diesem Vorgang sehen, daß wenn sie ihre Interessen ernstlich mit vertreten, sie gegen Ausbeutung ganz gut ankämpfen können. Dieser Vorgang dürfte für die Heimarbeiter eine Warnung und für die Arbeitgeber eine Warnung sein. Es muß jedoch nach wie vor an die Heimarbeiter das Verlangen gestellt werden, sofort auf die volle Bezahlung des Tarifs zu drängen, da ein solcher Kampf viel mehr Erfolge erzielt als das langwierige Verfahren vor dem Fachauschuß und vor dem Arbeitsgericht.

G. Brandt.

### Bericht des Gaus 11 über das Jahr 1927.

Hierzu erhalten wir folgende Berichtigung:

In Nr. 9 des "Proletariers" vom 3. März 1928 brachten Sie einen Bericht des Gauleiters L. Wörner, Stuttgart, über den Gau 11 für das Jahr 1927. In diesem Bericht wird behauptet: "In der Papierindustrie ist es besonders Neustadt i. Schw., wo der Werkverein, der dort schon vor 1914 bestand, wieder neu angeblasen wurde; weil er zugleich eine Filiale des Stahlhelms ist, wurde dort ständig Kleinkaliberschießen veranstaltet. Leider kamen dieser politischen und wirtschaftlichen Verblödung Arbeiter nach, die es sehr notwendig hätten, die eigene Lage etwas zu studieren."

Darauf haben wir zu erklären: Es ist nicht wahr, daß unser Verein eine Filiale des Stahlhelms sei und Kleinkaliberschießen veranstaltet. Unser Verein ist vielmehr von Angehörigen der freien Gewerkschaft neu gegründet worden und hat den Zweck, sich gegenseitig in Notfällen zu unterstützen und eine angenehme Geselligkeit zu fördern. Mit dem Kleinkaliberverein, den ein deutschnationaler Betriebsingenieur ins Leben gerufen hat, und dem in der Hauptsache Bauernburschen und dann auch einige jugendliche Arbeiter angehören, hat unser Verein keinerlei Beziehungen, vielmehr dominiert in unserem Verein die freigewerkschaftliche Richtung.

Neustadt (Schwarzw.), den 20. April 1928.  
Der Vorstand des Arbeitervereins der Holzstoff- und Papierfabriken, A.-G., Neustadt.  
J. Giffinger, Vorstand.